

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Postzeile oder deren Raum 50 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

### Aus der eigenen Tasche der Unternehmer?

In der neuesten Nummer der „Fachzeitung“ werden die Abwechslung wieder einmal Biermannstöne angeschlagen. Die „ollen christlichen Seemänner“ auf der Arbeitgeberseite wollen um alles in der Welt den Frieden erhalten und deshalb mit ihren Angehörigen so weit gehen, wie nur irgend möglich. Die bösen Arbeiter aber nehmen keine Rücksicht auf die Verhältnisse und stellen Forderungen auf, die den völligen Ruin der Tischlermeister und Holzindustriellen zur notwendigen Folge haben müssen. In dem ganzen Artikel sucht man vergeblich nach einer Andeutung darüber, daß die Situation lediglich durch das Verhalten der Unternehmer so gespannt wurde. Nachdem die Herren durch die entschiedene Abweisung des in Aussicht genommenen Schiedsgerichtes, wovon sie unter Kaufmannstönen der Welt Mitteilung machten, die Brücken zu einer friedlichen Verständigung abgebrochen haben, steht ihnen das Schicksal über die bösen Gesellen, die den Frieden stören, gleich an.

Die Mitglieder des Arbeiterschutzbundes seien bereit, ihren Arbeitern Ersatz für die infolge der Reichsfinanzreform erwachsenen Mehrausgaben zu gewähren, so lesen wir mit Erstaunen in der „Fachzeitung“, denn tatsächlich haben die Unternehmer in einer ganzen Reihe von Fällen jedes Entgegenkommen überhaupt abgelehnt. Aber selbst wenn es möglich wäre, den Schutzbund für diese Forderung seiner „Fachzeitung“ beim Wort zu nehmen, wäre damit nicht viel geholfen. Die Mehrausgaben infolge der Reichsfinanzreform sind ein recht vager Begriff. Zwischen dem Betrag, der als Ergebnis der neuen Steuern die Reichskassen fließt, und den Summen, um welche die Lebenshaltung des Volkes verteuert wird, ist ein sehr großer Unterschied, und wenn es sich um Ersatzzahlungen handelt, dann werden die Unternehmer selbstverständlich den niedrigsten Betrag zugrunde legen.

Aber in dem Artikel werden auch bestimmtere Berechnungen gemacht. Der Verfasser berechnet, daß eine Lohnerhöhung um einen Pfennig pro Stunde für einen Tischlermeister mit acht Gesellen eine jährliche Mehrausgabe von 216 Mk. bedeutet. Bei 2 Pfennigen steigt die Mehrausgabe auf 432 Mk., und wenn für das zweite und dritte Vertragsjahr die Lohnerhöhung um insgesamt zwei Pfennigen pro Stunde bewilligt würde, dann hätte der Tischlermeister, der acht Gesellen beschäftigt, bis zum Ablauf des Vertrages 864 Mk. aus eigener Tasche zu zahlen. Wenn die Unternehmer dieses ungeheure Opfer einer Lohnerhöhung um höchstens zwei Pfennigen bringen, dann müßte ihrer Meinung nach von einer Arbeitslosenüberflutung gar keine Rede mehr sein.

Und die Herrschaften, die uns mit solchen Angeboten kommen, wundern sich noch, daß man sie nicht ernst nimmt! Auf die Rechenkunststücke im einzelnen einzugehen, lohnt wirklich nicht der Mühe. Die Herren, die sich die Zeit mit solchen Spielereien vertreiben, sollten sich doch vergegenwärtigen, daß die Arbeitgeber in der Holzindustrie im Laufe der Jahre schon manchmal genötigt wurden, Lohnerhöhungen zuzugestehen. Wenn es ihnen vergnügen macht, zu berechnen, wieviel Geld schon die Meister seit, sagen wir einmal, dem Bestehen unseres Verbandes auf diese Weise „aus ihrer Tasche“ bezogen haben, dann wollen wir ihnen als Unterlage gern unsere statistischen zur Verfügung stellen. Sie werden dann erfahren, wie reich die Tischlermeister und Holzindustriellen im Jahre 1893 gewesen sind, daß sie seither so ungeheure Summen an Lohnerhöhungen „aus ihrer Tasche“ bezahlt haben und, noch im Jahre 1910 einen schönen Rest übrig behielten.

Im Grusse gesprochen, mit solchen Redensarten von dem Zahlen der Lohnerhöhung aus der eigenen Tasche möchte man uns gefälligst verschonen. Um faule Witze zu machen, ist die Zeit zu ernst. Wenn in dem Leitartikel in Nr. 3 der „Fachzeitung“ der wahre Wille des Arbeiterschutzbundes zum Ausdruck kommt, dann hat alles bessere Verhandeln wirklich keinen Zweck. Betrachtet man diese Willenserklärung in Verbindung mit dem seitvergangenen tatsächlichen Ergebnis der örtlichen Verhandlungen, dann läßt sich feststellen: Der Arbeiterschutzbund will für die kommende Vertragszeit in einem Teil der Orte die Arbeitsbedingungen verbessern.

In anderen Städten möchte er den von ihm geschlossenen Vertrag unverändert verlängern.

Schließlich will er an einigen Orten unter der Voraussetzung, daß die Arbeitszeit nicht verkürzt wird, vom zweiten Vertragsjahre ab den Lohn um einen, und, wenn es hochkommt, um zwei Pfennige steigern.

Wenn die Arbeiter dumm genug sind, sich solche Verträge aufschwätzen zu lassen, dann wird die „Fachzeitung“ und ihre Artikelschreiber ihnen gern zugestehen, daß sie „Vernunftgründe“ haben gelten lassen. Für solches Lob sind aber die Holzarbeiter wenig empfänglich. Sie ziehen eine friedliche Verständigung sicherlich einem großen Kampfe vor, aber man kann es uns wirklich nicht verdenken, wenn wir Verträgen von dem angebotenen Inhalt, nach dem Diktat des Schutzbundes, keinen Gefallen abgewinnen können. Die „Fachzeitung“ berechnet die Kosten des bevorstehenden Kampfes, wenn er acht Wochen dauern sollte, auf 18 Millionen Mark. Wenn die Unternehmer der deutschen Volkswirtschaft diese Schädigung zufügen wollen, dann müssen sie auch die Verantwortung dafür tragen, denn, um es nochmals zu sagen: der Arbeiterschutzbund hat die Brücken zu einer friedlichen Verständigung abgebrochen.

In dem Artikel wird so beiläufig erwähnt, daß in der berühmten „Kaiserlicher“ Versammlung des Schutzbundes vom 28. Dezember 1909 ein tarifloses Arbeiten in Erwägung gezogen wurde. Soll damit die Rückzugslinie angedeutet sein, auf welcher der Schutzbund glaubt, einen Ausweg aus der Sackgasse finden zu können, in die er sich verrennt hat? Ob dieser Weg gangbar ist, läßt sich allerdings noch nicht übersehen; die Schiebung, die der Dr. Keiner in Mannheim beabsichtigt und die das von ihm verfaßte Zirkular enthält, welches wir in der vorigen Nummer abdrucken konnten, ist dem Plan wenig förderlich.

Aber sei dem wie ihm wolle; die Entscheidung, ob Krieg oder Frieden in der Holzindustrie herrschen soll, liegt in der Hand des Arbeiterschutzbundes. Wir werden auf seine Maßnahmen stets die geeignete Antwort finden.

Dem Beispiel unseres Verbandes, der, durch die Provokation des Arbeiterschutzbundes veranlaßt, die Vorbereitung zum anscheinend unausbleiblichen Kampfe energisch in die Hand genommen hat, folgen nun auch die übrigen Organisationen der Holzarbeiter. Sie alle stimmen darin überein, daß die Maßnahmen des Arbeiterschutzbundes, die Ablehnung des Schiedsgerichtes und die gleichzeitige Ausschreibung eines Extrabeitrages von 3 Mk. für jeden beschäftigten Arbeiter in Verbindung mit der entrichteten Juridikation der beschiedenen Forderungen unserer Kollegen den Ausbruch eines gewaltigen Kampfes in greifbare Nähe gerückt haben. Der Vorstand des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins der Holzarbeiter schreibt in der neuesten Nummer der „Fache“ einen Extrabeitrag aus, welcher in der Weise zur Erhebung gelangt, daß jedes Mitglied bis zum 12. Februar vier Streikmarken à 50 Pf. bezahlt. Der Vorstand des christlichen Holzarbeiterverbandes erläßt einen Aufruf, in welchem die Mitglieder aufgefordert werden, überall außerordentliche Vertrauensmännerversammlungen abzuhalten, in welchen geprüft werden soll, ob es möglich ist, den Lokalbeitrag zu erhöhen und einen bestimmten Teil des Lokalvermögens sofort an die Hauptkasse abzuführen. Einige Zahlstellen haben auch schon größere Beträge beigetragen und den Beitrag beträchtlich erhöht. Auch die Lokallisten benutzen die Gelegenheit, ihre Mitglieder zu ermahnen, an die Füllung der Kassen zu denken.

### Reminiszenzen.

Die Vertragsverhandlungen machen in den einzelnen Orten nur sehr langsame Fortschritte. Vereinzelt sind wohl einige kleine Zugeständnisse gemacht worden, im allgemeinen hatten sich aber die Unternehmer an die vom Schutzbund herausgegebene Parole: nichts zu bewilligen. Bei der Sachlage läßt sich unschwer voraussetzen, daß die Arbeitgeber auf der von ihnen festgesetzten Weisheit am 20. Januar vor einem Resultat stehen werden, das sich von ihren Feststellungen am 28. Dezember wenig unterscheiden dürfte. Was sie dann beschließen werden, steht dahin. Ob sie noch einen Ausweg aus der Sackgasse finden, in welche sie sich mit ihrer Kaiserlicher-Resolution festgerannt haben, bleibt abzuwarten. Leicht wird das jedenfalls nicht sein. Die treibenden Kräfte im Schutzbund reiben sich jetzt schon befrüchtigt die Hände. Ihr Ziel ist der große Kampf in der Holz-

industrie und es scheint, als ob die Entwicklung der Dinge diesem Ziele unaufhaltsam entgegengeht.

Die Sprache, die jetzt vom Arbeiterschutzbund geführt wird, erinnert schon lebhaft an die Töne, die zu Beginn des Jahres 1907 angeschlagen wurden. Damals drehte sich für den Schutzbund freilich alles um Berlin. Die Berliner Tischler mußten ausgesperrt werden, um ihnen einen Vertrag aufzuzwingen; das Angebot unserer Kollegen, nachdem sich die Verhandlungen zerschlagen hatten, ohne Vertrag weiter zu arbeiten, wurde mit Entschiedenheit zurückgewiesen und die Unternehmer im übrigen Deutschland wurden aufgehetzt, zur Unterstützung der bedrängten Berliner Scharfmacher auch ihrerseits die Arbeiter auszusperrten. Der Rat wurde befolgt, und das Beispiel von Biel und von Burg beweist, daß die Herren auch vor offenem Vertragsbruch nicht zurückschrecken. Das Resultat des großen Kampfes im Jahre 1907 hat aber den Erwartungen der Unternehmer recht wenig entsprochen. In Berlin mußten sie das, was sie vor Beginn und während der ganzen Dauer des Kampfes so pathetisch als undurchführbar und absolut undiskutabel bezeichnet hatten, schließlich zum größten Teil doch bewilligen, und es mag ihnen einigen Trost gewährt haben, daß auch die Hilfskassen, die sich ihnen so bereitwillig zur Verfügung gestellt hatten, beim Friedensschluß ebenfalls nicht ungerührt davonkamen. Heute ist die Situation insofern anders, als beim Ausbruch des Kampfes neben Berlin noch circa 50 andere Städte sofort mitbeteiligt sind. Das Resultat dürfte aber dadurch wenig beeinflusst werden.

Während der Dauer des Kampfes im Jahre 1907 gab der Schutzbund die Parole aus:

„Die unerträglich gewordene Last des Holzarbeiterverbandes heißt es nunmehr endgültig abschütteln. Den Arbeitgeber von dieser Last befreien, aber auch den Arbeiter selber davon erlösen, welcher steht, wohin auch ihn, gerade ihn der Verband geführt hat.“

Es war ein sehr sauberer Plan, den der Arbeiterschutzbund damals verfolgte; er hat sich aber jedenfalls inzwischen davon überzeugt, daß die Zertrümmerung des Deutschen Holzarbeiterverbandes nicht so leicht ist, wie er sich das vorgestellt hat. Die Massenausperrung ist zu dem Zweck ein ebenso untaugliches Mittel wie die Züchtung der Gelben, die sich der Schutzbund mit mehr Eifer als Erfolg angelegen sein ließ. Das Geld, das er dem „Handwerker-Schutzbund“ zukommen ließ, hat ihm bisher keinen Vorteil gebracht, und in der Zukunft wird es nicht anders sein.

Die Massenausperrung im Jahre 1907 sollte ein Mittel sein, die Kassen unseres Verbandes zu sprengen. Während der Dauer des Kampfes hat der Schutzbund wiederholt Rechnungen aufgemacht, um zu beweisen, daß die Kassen des Holzarbeiterverbandes bald leer sein müßten. Was es aber mit den Kassen unseres Verbandes in Wirklichkeit für eine Bewandnis hat, zeigte der Umstand, daß das Vermögen der Verbandskasse, welches Ende 1906, also vor der Ausperrung, 1.197.654 Mk. betragen hatte, trotz der ungeheuren Kosten, welche der Kampf verursacht hat, bis Ende 1907 auf 1.810.386 Mk. angewachsen war. In der Rechnung des Schutzbundes war ein sehr wichtiger Posten übersehen worden, nämlich die Begeisterung und die Opferwilligkeit unserer Kollegen, die sich, dessen sind wir gewiß, auch bei den kommenden Kämpfen in der gewohnten Weise zeigen werden.

Der Arbeiterschutzbund hat es ja beim Kampf im Jahre 1907 verstanden, sich Hilfsquellen zu eröffnen. Ob diese aber im Jahre 1910 wieder so reichlich fließen werden als 1907, ist zum mindesten fraglich. Es ist ja, V. recht zweifelhaft, ob der Verein der Arbeitgeberverbände wieder mit 265.000 Mk. in die Bresche springen wird, nachdem der Vorstand des Arbeiterschutzbundes, entgegen den gegebenen Versprechungen, im Jahre 1907 außerdem auch noch die einzelnen Mitglieder der angeschlossenen Verbände um „milde Gaben“ genötigt hat. Dabei haben die Industriellen und ihre Organisationen, trotz ihrer Unterstützungsfähigkeit für die Unternehmer des Holzgewerbes, deren moralischen und materiellen Meinsfall nicht verhindern können.

Daß die Berliner Tischlermeister, das, was sie vor dem Kampf im Jahre 1907 als absolut unzuführbar bezeichnet hatten, nämlich die Gewährung einer Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, schließlich doch zugestehen mußten, haben wir bereits angedeutet. Damit war jedoch der Schaden, den sie sich selbst zugefügt hatten, noch nicht erschöpft. Hierüber hat einer der Führer der Berliner Holzindustriellen, Herr Brunsow, in aller Oeffentlichkeit ein sehr bewegliches Mägelied angestimmt. In der Sitz-

der Berliner Stadtverordneten am 11. Januar 1900 kon-

„Nachdem der Streik (in Wirklichkeit war es eine

An dieser Spitze, die sich die Berliner Unternehmer

Der Arbeitgeberverband bringt diesmal eine

Einstweilen mimen die Unternehmer in den Vertrags-

**Luftschiffschler.**

Die Branche der Luftschiffschler ist in unserer Be-

Mit der Einbürgerung des Drachensfliegers wird auch

Es heißt dort: Die Gesamtheit der Anlage zerfällt in

Aussperrung schreiten. In Zuffenhausen hat ein

**Die Heilbehandlung in der Invaliden-**

t. Das im Jahre 1890 in Kraft getretene Invaliden-

Besonders war es die Lungentuberkulose, die den

Mit der Zunahme der Heilstätten hat auch die Zahl

unterstützung auf den vierundfünfzigfachen Betrag an-

Frägt man nach den Erfolgen des Vorgehens der

Seit dem Beginn der statistischen Beobachtungen im

Table with 7 columns: Jahr, Männer, Frauen, zus., Männer, Frauen, zus. Rows for years 1897-1908 and a total row.

Von den im Jahre 1908 abgeschlossenen Heilbehand-

aus bestem amerikanischen Fichtenholz her-

**Das leichteste Holz.**

Heber eine merkwürdige Holzart, die wohl das leichteste

Daum verschiedene Namen, und er spielt im Leben der

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Fischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Dauken (Waggonfabrik), Bremen-Semelingen (Wohmann), Düsseldorf (Schönfeld), Höchst a. M., Langenberg, Neuss j. L., Ludenwalde, Neustadt a. Orla (August Tittelbach), Oberneubrunn i. Thür., Schwennungen i. W. (Möbelfabrik Lauffer), Sommerfeld, Warne-münde (Doffs), Zuffenhausen (Bröll).
  - Bremmachern nach Corbeha, Halle a. S. (Saalbach).
  - Drehlern nach Ludenwalde.
  - Stelmachern nach Dauken (Waggonfabrik).
  - Polierern nach Ludenwalde.
  - Partettlegern nach Berlin, Hannover (Norddeutsche Partettfabrik).

Bei der Nachprüfung der mit Heilerfolg Behandelten im Schlusse des Jahres 1908 ergab sich, daß noch bei 377 = 77 Proz. an Lungentuberkulose behandelten Männern und bei 620 Frauen = 82 Proz. dieser Gruppe der Heilerfolg andauerte. Demnach ist der Heilerfolg in der Zeit vom Abschluß des Heilverfahrens bis zum Ende des Kalenderjahres, in dem das Heilverfahren stattfand, bei Männern und Frauen in gleichem Maße um 4 Proz. gesunken. Bei den anderen Kranken waren noch 12565 Männer = 77 Proz. und 6148 Frauen = 79 Proz. mit Heilerfolg vorhanden, was ein Sinken desselben bei den Männern um 5, bei den Frauen um 4 Proz. erkennen läßt. Ein Vergleich über die Erfolge des Heilverfahrens für die Zeit von 1904 bis 1908 liefert das Resultat, daß die Anfangserfolge sowohl für Lungentuberkulose als auch für andere Kranke in den einzelnen Jahren nur unbedeutend voneinander abweichen und für Männer und Frauen gleich günstig sind. Im allgemeinen ist in den Jahren 1905 bis 1908 durchweg ein besseres Ergebnis als im Jahre 1904 erzielt worden, was neben der sorgfältigeren Auswahl des Krankenmaterials auch auf die vollkommene Ausgestaltung des Heilverfahrens an der Hand der seither gemachten Erfahrungen zurückgeführt werden kann. Zu beachten ist die Statistik, daß die Wiederholung der Heilbehandlung bei den wegen Lungentuberkulose Behandelten einen größeren Umfang annimmt als bei anderen Kranken und hierbei die Männer erheblich stärker beteiligt sind als die Frauen. Der Eintritt der Rückfälle macht sich am häufigsten schon im ersten und teilweise auch im zweiten Jahre nach dem Abschluß des Heilverfahrens bemerkbar, erst dann mit jedem folgenden Jahre abzunehmen. So wurden von 1000 mit Erfolg Behandelten wiederholt in

Behandlungs- verlobte	Männer.				Tuberkulose.				Frauen.			
	im 1. Jahre	im 2. Jahre	im 3. Jahre	im 4. Jahre	im ganzen	im 1. Jahre	im 2. Jahre	im 3. Jahre	im 4. Jahre	im ganzen		
1900—1904	7	81	51	20	28	191	5	66	88	21	12	142
1901—1905	7	71	49	32	18	177	4	60	40	22	14	140
1902—1906	6	66	51	32	18	173	4	57	41	23	16	141
1903—1907	5	62	54	34	28	178	4	52	43	23	16	138
1904—1908	5	60	63	39	31	198	3	52	46	30	26	157

**Andere Kranke.**

	im 1. Jahre	im 2. Jahre	im 3. Jahre	im 4. Jahre	im ganzen
1900—1904	10	64	26	17	120
1901—1905	8	57	27	17	110
1902—1906	9	60	30	19	118
1903—1907	8	61	33	20	122
1904—1908	8	63	35	20	126

Einen lehrreichen Vergleich bieten auch die Anfangs- und Enderfolge der bisherigen acht fünfjährigen Nachprüfungsperioden, wie ihn nachstehende Zusammenstellung ermöglicht.

	Auf 100 ständig behandelte und kontrollierte Personen					
	war der Anfangserfolg bei		war der Enderfolg bei		ist die Zahl der Erfolge in fünf Jahren gesunken bei	
	Männern	Frauen	Männern	Frauen	Männern	Frauen
<b>I. Lungentuberkulose.</b>						
1897—1901	68	68	25	32	43	36
1898—1902	74	73	28	38	46	35
1899—1903	74	78	30	37	44	36
1900—1904	72	78	30	35	42	38
1901—1905	77	77	32	30	45	38
1902—1906	77	80	40	47	37	33
1903—1907	70	82	43	50	36	32
1904—1908	70	81	44	51	35	30
<b>II. Andere Kranke.</b>						
1897—1901	70	67	34	35	36	32
1898—1902	73	72	37	40	36	32
1899—1903	71	69	35	39	36	30
1900—1904	71	74	35	30	36	35
1901—1905	73	75	38	43	35	32
1902—1906	73	77	41	47	32	30
1903—1907	76	79	46	52	30	27
1904—1908	78	82	48	54	30	28

Die vorstehenden Zahlen machen ersichtlich, daß in den letzten sieben Nachprüfungsperioden bei Lungentuberkulose die Anfangserfolge sich gegen früher um 4 bis 11 Proz. bei Männern und um 5 bis 14 Proz. bei Frauen, bei anderen Krankheiten um 1 bis 8 Proz. bei Männern, um 2 bis 15 Proz. bei Frauen erhöht haben. Die Dauererfolge bei Lungentuberkulose erhöht sich bei Männern und Frauen um 3 bis 19 Proz., während sich die Ergebnisse bei anderen Krankheiten um 1 bis 14 Proz. bei Männern und 4 bis 19 Proz. bei Frauen günstiger stellen. Zugleich läßt die Zusammenstellung deutlich erkennen, daß die behandelten Frauen sich einer erheblich größeren Beständigkeit des Heilerfolges erfreuen als die Männer. Das Reichversicherungsamt sucht diesen Umstand damit zu erklären, daß sich die Frauen in der Mehrzahl mancher Schädlichkeiten zu enthalten pflegen, denen sich die Männer vielfach aussetzen.

Ganz läßt sich diese Erklärung nicht von der Hand weisen, sie trifft aber nur einen Teil der Fälle. Bei der großen Mehrzahl der Rückfälle handelt es sich nicht um leichte Ursachen. Nur einem verhältnismäßig kleinen Teil der behandelten Personen gelingt es, nach Abschluß des Heilverfahrens in ihrem Gesundheitszustand zuträglichere Erwerbs- und Existenzverhältnisse zu erlangen. Soweit der männliche Arbeiter als Ernährer einer Familie in Betracht kommt, kann er in dieser Beziehung nicht lange wählen und warten, sondern muß an Verdienstgelegenheit nehmen, was sich ihm bietet. Die durchgängig für die männlichen Arbeiter ungünstigeren, weil schwerere Anforderungen stellenden Arbeitsbedingungen, verbunden mit unzureichender Ernährung und Wohnung, machen dann bald das wieder zunichte, was das Heilverfahren gebessert hat, und der Mißfall ist da! Alle Bemühungen, für die aus dem Heilverfahren Entlassenen ihrem Zustand entsprechende leichte und gesunde Arbeit zu beschaffen, sind seither nur von geringem Erfolg gewesen. Die private Initiative reicht dazu nicht aus.

Selbst wenn es aber auch gelingen sollte, in dieser Richtung noch mehr zu erreichen, so ist damit doch noch recht wenig gewonnen. Die Hauptsache bleibt, die allgemeinen Arbeits-, Wohn- und Existenzbedingungen der Arbeiter so zu bessern, daß die Erkrankungsgefahr durch derartige Einflüsse verschwindet. Erst dann wird der Kampf gegen die Tuberkulose von nachhaltigem Erfolg begleitet sein. Deswegen verschließen wir uns selbstverständlich nicht der Erkenntnis, daß es dahin leider so schnell noch nicht kommen wird und daher die schon jetzt zur Verfügung stehenden Mittel für den Kampf zur Verbesserung der Volksgesundheit um so nachdrücklicher in Anwendung gebracht werden müssen. Dazu gehört vor allem die möglichst frühzeitige Einleitung des Heilverfahrens überall da, wo die Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit mit einiger Wahrscheinlichkeit in Aussicht genommen werden kann. Hier gilt in vollstem Maße: Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe! Im weiteren gilt es, im Kampfe um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht zu erlahmen, durch eifrigste Organisations- und Agitationsarbeit auch den letzten Arbeiter in die gewerkschaftliche und politische Organisation hineinzubringen.

### Wer einen Einfluß auf die Gestaltung seiner Arbeitsbedingungen ausüben will, muß Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sein. :: :: :: :: :: :: ::

### Ein starkes Stück.

Der Zimmererverband hat die „Praktischen Winke für die deutsche Zimmererbewegung“ in dritter Auflage herausgegeben. Der Verfasser des Werkes, August Bringmann, unternimmt es, in der Vorrede zur neuen Auflage ein früher von ihm gegebenes Versprechen zu erfüllen, er will nämlich „die ganze Organisationsfrage der deutschen Arbeiterbewegung einmal aufrollen“. Das ist ein großes Unterfangen, und, um es gleich herauszusagen, Bringmann wird ihm nicht gerecht. Es stünde schlimm um die deutsche Gewerkschaftsbewegung, wenn sie sich an die Nischschnur halten wollte, die Bringmann ihr geben will.

Der Redakteur des „Zimmerer“ hält sich zweifellos für ein Genie. Er blickt mitteilend auf die anderen Gewerkschaftler herab, die ihn nicht als den großen Propheten der deutschen Gewerkschaftsbewegung anerkennen wollen. Der Ton, den er in seinem Vorwort anschlägt, läßt bei Leuten, welche die Verhältnisse in der deutschen Gewerkschaftsbewegung auch einigermaßen kennen, den Verdacht aufkommen, als ob Bringmann einige Anlage zum Größenwahn besäße.

Der Verfasser der „Praktischen Winke“ ist ein abgesetzter Feind der Industrieverbände. Die beste Organisationsform ist in seinen Augen die, welche sich die Zimmerer gegeben haben, die nur gelernte Berufsarbeiter umfaßt. Die Mängel der Industrieverbände erkennt man, nach Bringmann, schon an dem Inhalt der Handbücher, welche der Metallarbeiterverband und der Holzarbeiterverband herausgegeben haben. Er betrachtete es gewissermaßen als eine Profanierung seines Werkes, wenn es mit den Handbüchern der beiden Verbände in einem Atemzug genannt wird. Am Handbuch des Holzarbeiterverbandes kritisiert Bringmann den in ihm vertretenen Stand-

punkt, daß die Oberleitung der Lohnbewegungen dem Zentralvorstand übertragen ist. Und am „Verhaltensreglement“ des Metallarbeiterverbandes wird ausgeführt, daß es „nicht etwa die Angriffsbewegungen in den Vordergrund stellt, sondern die Abwehrbewegungen“. Demgegenüber atmet Bringmanns „Praktische Winke“ einen anderen Geist aus“. Er will aber nicht präzisieren, was er grund-sätzlich nicht, er will nur erklären. Den Verfasser der beiden Handbücher gesteht er anädigt zu, daß sie ebenso erfahrene Genossen seien als er selbst. Daß sie so schwache Leistungen vollbracht haben, liegt daran, daß sie von dem Standpunkt ihrer Organisation aus schreiben. Und nun faßt er den Zipfel, an dem er die ganze Organisationsfrage der deutschen Arbeiterbewegung einmal aufrollen will. Dieser Angelpunkt der Frage ist der:

„Je mehr sich eine Organisation von der Basis des reinen Berufsverbandes in der Richtung jener Organisationen, welche die Arbeiter mehrerer Berufe oder gar gelernte und ungelernte Arbeiter unterschiedslos umfassen, entfernt, je ohnmächtiger wird sie dem organisierten Unternehmertum gegenüber.“

Den Beweis für diese kühne Behauptung findet Bringmann in der Tarifbewegung:

„Während jene Unternehmerverbände, die mit Arbeiterberufsverbänden zu tun haben, zur Gewaltvertragspolitik übergegangen sind, wollen die Großindustriellen, die es mit Arbeiterindustrieverbänden zu tun haben, vom Tarifvertrage absolut nichts wissen.“

So? Hat der erfahrene Genosse Bringmann nichts davon gehört, daß auch die Großindustriellen in der Holzindustrie im Jahre 1907 sogar ihre Arbeiter ausgesperrt haben, um sie zum Vertragsabschluß zu zwingen? Oder wenn er diesen Beweis nicht gelten lassen will, weiß auch die größten Holzindustriellen noch nicht zur eigentlichen Großindustrie gehören, so wollen wir ihn statt vieler Beispiele nur an die Unternehmer in der Montanindustrie erinnern. Ihnen steht der Bergarbeiterverband, ein zweifellos freier Berufsverband, gegenüber, aber bisher haben die Bergherren von Verträgen nichts wissen wollen. Wenn Bringmann sich die Liste der Arbeiterorganisationen angesehen und die Stellung der ihnen gegenüberstehenden Unternehmerverbände zum Tarifvertrage geprüft hätte, dann hätte er die Entdeckung gemacht, daß die von ihm aufgestellte Regel so viele Ausnahmen hat, daß von der Regel nichts übrig bleibt. Es ist nämlich grundfalsch, anzunehmen, daß die Stellung der Unternehmerverbände zum Tarifvertrage davon abhängig ist, ob ihre Arbeiter in einem Berufs- oder in einem Industrieverband organisiert sind. Dr. Gohler, den Bringmann zur Stütze für seine Auffassung zitiert, führt übrigens ganz andere Gründe für die Gegnerschaft der Großindustrie gegen den Tarifvertrage an, als die Organisationsform der Arbeiter.

Der Genosse Bringmann hat sich von seiner Aneignung gegen Industrieverbände so gefangen nehmen lassen, daß er Gespenster sieht und Behauptungen aufstellt, die er beim besten Willen nicht beweisen können. Man beachte, daß er neben dem Metallarbeiterverband besonders unseren Holzarbeiterverband im Auge hat und lese folgenden Satz:

„Solange Gewerkschaften selbst die Initiativkraft der Arbeiter niederhalten und sogar die öffentliche Kritik widriger Zustände im Arbeitsverhältnis unterdrücken und im Interesse ihrer Existenzmöglichkeit niederhalten und unterdrücken müssen, kommt es zu keinem Tarifvertrage.“

Das sind so ungeheuerliche Anklagen gegen Gewerkschaften, daß sie der Ankläger nicht hätte erheben dürfen, ohne das nötige Beweismaterial dafür herbeizuschaffen. Statt aber Beweise zu bringen, stimmt er ein Klagegedicht an über den Einfluß der Industrieverbände im Rate der Gewerkschaften:

„Je ohnmächtiger aber jene Organisationen, welche Arbeiter vieler Berufe oder gelernte und ungelernte Arbeiter unterschiedslos umfassen, den Unternehmern gegenüber leistungsfähig sind. Ihre Handbücher zeugen nicht nur von schlimmen Gegenwartszuständen, sondern sie eröffnen auch eine trostlose Perspektive für die Zukunft; aber eine irreführende Behauptung kann man beschließen.“

Die von der Konferenz der Zentralvorstände im Jahre 1906 getrocknete Feststellung, daß sich die gewerkschaftliche Entwicklung unverkennbar in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden vollzieht, hat es dem neuesten Gewerkschaftsreformator angetan. Er meint:

„Nun hat zwar noch niemand festgestellt können, daß die hier gemeinten „großen“ Verbände den Unternehmerverbänden gegenüber leistungsfähig sind. Ihre Handbücher zeugen nicht nur von schlimmen Gegenwartszuständen, sondern sie eröffnen auch eine trostlose Perspektive für die Zukunft; aber eine irreführende Behauptung kann man beschließen.“

Der Kritiker, der die Richtigkeit des gefassten Beschlusses bestreitet, ist aber so freundlich, denen, die ihn gefaßt haben, mildernde Umstände zuzubilligen. Solche Beschlüsse werden „aus Existenzrücksichten der interessierten Verbände gefaßt, es ist also ein „durchaus passabler Zweck“, der mit ihnen verfolgt wird.“

Bringmann bestreitet aber nicht nur die Richtigkeit der erwähnten Feststellung der Vorstandskonferenz, er sieht in den Industrieverbänden geradezu eine Gefahr für die Arbeiterbewegung, es ist ihr Zweck, die Kämpfe der Arbeiter zu verhindern.

„Der Zusammenschluß der Berufsverbände zu größeren Organisationen führt also nicht dazu, die gewerkschaftliche Stützkräft zu vergrößern, sondern er führt allem dahin, Kämpfe der Arbeiter einzelner Berufe und Gruppen zu verhindern. Das ist überraus das gewollte Ziel dieser „Entwicklung“,“

Man kommt in Zweifel, ob man einen Mann, der sich seiner gewerkschaftlichen Erfahrungen rühmt und den Verfassern anderer Handbücher höchstens ebensoviel Erfahrung zugesieht als sich selbst, dabei aber solches Zeugnis auszusprechen, noch ernst nehmen kann. Bringmann hat bei diesen Sätzen ganz besonders unseren Holzarbeiterverband im Auge, denn zum Beweis, wie die Arbeiter der einzelnen Branchen „geradezu gefesselt“ werden, zitiert er aus dem Handbuch unseres Verbandes — die Vorschriften für die Zentralkommissionen. Sätze der erfahrenen Gewerkschaftler Bringmann statt der Vorschriften für die Agitation lieber unsere Streitstatistik studiert, dann hätte er gefunden, daß gerade die Zugehörigkeit zu unserem Industrieverband den Angehörigen der kleineren Branchen erst die Möglichkeit gegeben hat, große und erfolgreiche Kämpfe zu führen. Dann wäre er aber auch nicht in die Lage gekommen, seine „Kernfrage“ so verkehrt zu formulieren, wie er es getan hat. Diese „Kernfrage“, in der sich seine „Praktischen Winke“ von den Handbüchern der höheren Verbände unterscheiden, lautet:

„Liegt es im Interesse der Aufwärtsbewegung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, die Aktionsfreiheit der einzelnen Berufe und Gruppen zu unterdrücken, oder sie zu wahren und zu heben? Die Handbücher der zusammenschlossenen Verbände vertreten den ersteren Standpunkt, die „Praktischen Winke“ den letzteren.“

Indem aber Bringmann diese Frage aufwirft und sie als Kernfrage bezeichnet, charakterisiert er seine „Praktischen Winke“ als eine Streitschrift für Berufsorganisationen und gegen Industrieverbände. Zur Stütze seiner Auffassung beschränkt er sich nicht auf das rein gewerkschaftliche Gebiet, sondern er zitiert auch die Theorie des politischen Klassenkampfes, welche damit rechnet, daß die wirtschaftlichen Kämpfe sich zu politischen Klassenkämpfen auswachsen, und daß die ökonomischen Arbeiterorganisationen zu einer politischen Arbeiterklassenorganisation zusammenschließen. „Deshalb wird jeder Zusammenschluß von Verbänden als ein Fortschritt im Sinne der Theorie des politischen Klassenkampfes begrüßt und gefördert.“ Bringmann beweist nun den Klassenkampftheoretikern, die dieser Auffassung huldigen, daß sie gründlich auf dem Holzwege sind:

„Gelingt eine solche Zusammenschließung von Verbänden, dann werden die Kämpfe gegen das Unternehmertum nicht nur mit dem Ziele geführt, das Unternehmertum zu besiegen, sondern auch, um jene Verbände aufzukleben, die ihre Selbständigkeit und Aktionsfähigkeit zu wahren trachten.“

Das ist nun wieder eine der beweislosen Unterstellungen, für welche Bringmann eine so besondere Vorliebe an den Tag legt. Er gibt gegen Kautsky zu, daß zur Erledigung der positiven praktischen Kleinarbeit revolutionäres Empfinden und Denken im Proletariat gehört, aber wie, fragt er.

„Wenn die positive, praktische Kleinarbeit durch eine ungewöhnliche Organisationsform nur im geringen Maße oder gar nicht gelöst werden kann, wenn sich das revolutionäre Empfinden und Denken nicht bei der so notwendigen Kleinarbeit entladen und äußern kann? Ja, wo sollen alle diese schönen Dinge herkommen, wenn der Existenz der Organisation halber dem Initiativbegehren der Arbeiter die Fingel immer straffer gezogen werden und straffer gezogen werden müssen, sowie es in den Handbüchern der Holzarbeiter und Metallarbeiter geschieht?“

Wir wollen nicht weiter gegen Bringmann polemisieren. Das, was wir aus seinem Vortritt zu den „Praktischen Winke“ zitiert haben, ist Beweis genug, daß ihn seine Abneigung gegen den Industrieverband in eine Gemütsverfassung gebracht hat, die es dem ernstesten Gewerkschaftler schwer macht, seinen Worten ein besonderes Gewicht beizumessen. Er träumt davon, daß er berufen ist, die deutschen Gewerkschaften auf einen neuen, seiner Meinung nach den allein richtigen Weg zu bringen; er wird aber die Erfahrung machen müssen, daß seine Streitschrift in den weitesten Kreisen mit Kopfschütteln aufgenommen wird.

## Soziales.

### Gegen die preussische Dreiklassenwahl.

Der Kampf um das preussische Wahlrecht ist in ein neues Stadium getreten. Der Parteitag der preussischen Sozialdemokraten, der vom 3. bis 5. Januar in Berlin abgehalten wurde, bedeutete eine großartige Demonstration für das freie Wahlrecht. Die preussischen Arbeiter brachten mit ihrer imposanten Kundgebung zum Ausdruck, daß sie fest entschlossen sind, den Wahlrechtskampf, den sie aufgenommen haben, mit aller Energie durchzuführen. Daß dieser Kampf nicht vergeblich geübt wird, ergibt sich aus der Tatsache, daß die ungestüme Forderung des Proletariats bereits verstanden hat, die in diesen Dingen so schmerzliche preussische Regierung in Bewegung zu setzen. Man darf sich dabei freilich keiner Täuschung hingeben. Die preussische Regierung geht sehr ungern an eine Reform des Dreiklassenwahlrechtes. Der Widerwillen gegen die unangenehme Aufgabe kommt recht deutlich in der Thronrede zum Ausdruck, mit welcher die neue Session des preussischen Landtages am 11. Januar eröffnet wurde. Die Reform des Wahlrechtes ist die Forderung des Tages. Nicht nur die preussische, sondern die gesamte deutsche Politik dreht sich um die Frage, wie das Wahlrecht zum preussischen Landtag zu gestalten ist, um das Abgeordnetenhaus zu einem wirklichen Ausdruck des Volkswillens zu machen. In der Thronrede wird aber diese wichtige Angelegenheit nur ganz beiläufig gestreift. Nachdem die

in Aussicht stehenden Gesetzesvorlagen aufgezählt sind, heißt es zum Schluß:

„Endlich harret Ihrer noch eine ernste Aufgabe. Die Vorarbeiten für eine Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten sind Ihrem Abschluß nahe. Eine Vorlage wird in einigen Wochen Ihrer Beratung unterbreitet werden.“

Mit dieser beiläufigen Erwähnung der Wahlrechtsvorlage wird zugleich angedeutet, daß man auf Ihren Inhalt keine großen Erwartungen setzen darf. Und tatsächlich ist es der Regierung zuzutrauen, daß sie es fertig bringt, dem Landtag eine Vorlage zu unterbreiten, die das „elendeste aller Wahlsysteme“ noch weiter verschlechtert. Sie wird aber so leichten Kaufes nicht davonkommen. Das Volk läßt sich nicht narren! Das bringt auch der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck, der in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses und dem geschäftsführenden Ausschuss der preussischen Landeskommission folgenden Aufruf erläßt:

An die Sozialdemokratie in Preußen.  
Parteilassen! Der 3. Parteitag der preussischen Sozialdemokratie hat das Elend des nachmährischen Preußen vor aller Welt in helle Beleuchtung gesetzt und auf die neue jene überlebten Zustände bloßgelegt, die den ostelbischen Landjunkern und der mit ihnen verbündeten Großbourgeoisie die Aufrechterhaltung einer brutalen Klassenherrschaft ermöglichen, und eine diesen Klassen verfallene Bureaucratie mit allmächtigen Vollmachten ausstatten. Der Parteitag begnügte sich nicht damit, die Inhaltbarkeit dieser Zustände wirksam darzutun, er zeigte auch, wie ein neues Preußen in Staat und Gemeinde nur durch die positive Arbeit einer latenten Sozialdemokratie geschaffen werden kann.

Die gesamten Verhandlungen beherrschte die Wahlrechtsfrage!

Nähezu sechs Jahrzehnte hat die Wahlrechtsfrage geruht, bis die sozialdemokratischen Massen sich ihrer annehmen und sie durch gewaltige Demonstrationen in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses rücken. Wohl oder übel mußte die Regierung den empörten Volksmassen Konzessionen machen. In der Thronrede vom 20. Oktober 1908 ist die organische Fortentwicklung der auf Grund der Verfassung erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet worden. Die zu diesem Zweck nötigen Vorarbeiten sollten mit allem Nachdruck betrieben werden.

Die vor kurzem endlich erschienenen amtliche Statistiken über die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen hat aufs neue die Ungeheuerlichkeit des geltenden Dreiklassenwahlrechts unwiderleglich dargetan.

Der Terrorismus der öffentlichen Abstimmung und der raffiniert ausgeklügelte Widerstand des indirekten Klassenwahlrechts hat im Jahre 1908 zwei Drittel der Wähler von der Wahl abgehalten. Das geltende Wahlrecht verflüchtigt den Volkswillen; es hält eine Wahlkreisgeometrie aufrecht, die die gewaltigen Bevölkerungsdifferenzen eines halben Jahrhunderts außer Betracht läßt und die Interessen des Volkes einer Handvoll durch Güntlingerswirtschaft und Liebesgabenpolitik ausgehaltener Junker opfert.

Mehr als 82 Proz. aller Wähler haben keinen Einfluß auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Die Entscheidung ruht bei einer kleinen Zahl Wähler 1. und 2. Klasse.

Die Ergebnisse der königlich preussischen Statistik liefern noch aufreizendere Zahlen:

Auf 418 000 konservative Urwähler entfielen 212 Abgeordnete, auf 598 000 sozialdemokratische Urwähler entfielen 7 Abgeordnete.

Arbeiter, Handwerker, Kleinbauern! Wie lange wollt Ihr Euch solche himmelschreiende Ungerechtigkeit noch gefallen lassen?

Am 11. Januar 1910 kündigte die Thronrede die von dem Volke in fieberhafter Spannung erwartete Wahlrechtsvorlage für die nächsten Wochen an.

Wie wird die kommende Wahlrechtsvorlage aussehen? Die Thronrede schweigt sich über die Grundzüge des wichtigsten Reformwerkes der deutschen Gegenwart aus! Das ist der beste Beweis dafür, daß die preussische Regierung den herrschenden Klassen zuliebe das Volk mit einer Scheinreform narren will. Das alte Unrecht soll in neuer Form weiterleben. Die preussische Regierung wagt es nicht, mit der herrschenden Junkerklasse anzubinden.

Da ist es Zeit, daß das Volk auf den Plan tritt und seinen Willen nachdrücklich zur Geltung bringt. Mit allen Kräften muß dafür gesorgt werden, daß Preußen endlich in die Reihe der Kulturländer eintritt. Unter der Führung der Sozialdemokratie gilt es, dem preussischen Volke die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu erkämpfen und Preußen von den Junkern und Junkerkräften zu befreien. Es gilt, den reaktionären preussischen Staat zu demokratisieren. Das Mittel dazu ist die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter auf Grund der Verhältniswahlen.

Parteilassen! Ruht die Zeit! Seit Monaten haben die „Niedergerittenen“ den Parteien des Bülowhocks und dem Zentrum Niederlage an Niederlage bereitet. Ein Gemeindevahltag löste den anderen ab; ebenso ehrenvoll endeten die Landtagswahlen in Süd- und Mitteldeutschland und die Nachwahlen zum Reichstage.

Die Erbitterung des Volkes über seine Ausbeutung und Entrechtung ist grenzenlos. Das arbeitende Volk will nicht langer Patzsel der herrschenden Klassen sein. Das Bewußt-

sein dieser Situation in den Massen zu wecken und sie zu kämpfen für ihre elementaren Menschenrechte aufzurufen, ist unsere vornehmste Aufgabe.

In dieser Aufgabe mitzuwirken, ist die dringendste Pflicht aller zum Massenbewußtsein erwachten Frauen und Männer in Stadt und Land.

Parteilassen! Stärkt die Reihen für die kommenden Wochen des Kampfes. Es gilt, alle Kräfte aufzubieten. Nur so kann ein Wahlrechtssturm entfesselt werden, der alle reaktionären Widerstände bricht und dem Willen des Volkes zum Siege verhilft.

Nach das freie Wahlrecht!

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und die neuen Steuern. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie glaubt die den Madern der neuen „Finanzreform“ sehr unangenehme Erregung der Verbraucher dadurch etwas beschwichtigen zu können, daß er in einem illustrierten Flugblatt „auf Grund des zuverlässigsten wissenschaftlichen Materials“ die neuen Steuern zu erklären sucht. Veranlassung dazu hat ihm das von der Sozialdemokratie verbreitete Flugblatt gegeben, das in drastischer Weise die Wirkungen der neuen Steuern bildlich veranschaulicht. Der Reichsverband nennt das einen „unterhörten Volksbetrug“ und rechnet in seinem Flugblatt vor, wie die Verteuerung durch die neuen Steuern nach „wissenschaftlicher“ Methode wirkt. Nach dieser Berechnung wird ein halber Liter Bier nur um 1/10 Pf. verteuert, so „daß weder eine Erhöhung des Ausschankpreises noch eine Verkleinerung der Gläser durch die neue Steuer bedingt ist, daß vielmehr schon der beim Ausschank reichlich geflossene Schaum einen vollen Ersatz für die alte und neue Besteuerung gibt“. Verteuert würde durch die neue Steuern Schnaps nur um 10 Proz., die Tasse Kaffee nur um 2/100 Pf., die Zehnpfenniggarre nur um 0,24 Pf., die Schachtel Streichhölzer nur um 1 1/2 Pf. Die Streichhölzsteuer „soll im Jahre 25 Millionen Mark bringen, demnach im Jahre 30 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung, also noch keinen Pfennig in der Woche!“

Für die Verbraucher haben diese nach „zuverlässigster wissenschaftlicher“ Methode ausgeführten Berechnungen auch nicht den geringsten Wert, da sie die durch die Zwischenhändler und Produzenten bewirkten Aufschläge ohne Berücksichtigung lassen. Die Praxis rechnet nicht mit halben und hundertstel Pfennigen. Nach der Rechnung des Reichsverbandes stellt sich die Verteuerung des Bieres pro Hektoliter auf 1,35 Mk., dabei haben zahlreiche Brauereien den Preis bis um 4 Mk. hinausgeschraubt. Die Spirituosenerzeuger haben nicht nur 10 Proz., sondern 40 Proz. aufgeschlagen. Ebenso nehmen die Kaffeehausbesitzer nicht 25/100 Pf., sondern 30 Pf. für die Tasse Kaffee; die Zehnpfenniggarre wird um 1 Pf., die Zehnpfenniggarre um 2 Pf. teurer verkauft; Streichhölzer kosten nicht 25 Pf., sondern 30 Pf. Übrigens wirkt der in dem Flugblatt des Reichsverbandes zum Ausdruck gebrachte Unwille über die Verteuerung durch Zwischenhandel und Produzenten nur töricht, denn die Steuern sind doch eben mit der Absicht der Abwälzung auf die Masse der Verbraucher gemacht worden. Dabei ist allerdings die Preisabrandung nach oben vielfach etwas sehr hoch geworden. Befände eine stärkere Konsumgenossenschaftsbewegung, so wäre dem Zwischenhandel und den Produzenten die ungebührliche Verteuerung allerdings nicht geblieben. Leider trägt aber gerade der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nach Kräften zur Diskreditierung der Konsumgenossenschaftsbewegung bei, wobei er aus politischen Gründen die wirtschaftlichen Gegner der Konsumvereine an niedriger Kampfweise noch überbietet.

Die Arbeitslosenversicherung in Berlin und den umliegenden Orten war Gegenstand einer am 6. Januar auf dem Berliner Rathaus abgehaltenen Konferenz, an welcher Vertreter der Magistrat von Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Niddorf und Lichtenberg sowie die Landräte von Teltow und Niederbarnim und der Gemeindevorstand von Borschagen-Rummelsburg teilnahmen. Die Konferenz war sich darüber einig, daß die Regelung der Frage am zweckmäßigsten für alle Gemeinden von Groß-Berlin einheitlich erfolgt; über den Weg, der einzuschlagen ist, herrschte jedoch noch eine große Meinungsverschiedenheit. Beschlüsse wurden vorläufig nicht gefaßt, doch verständigte man sich dahin, daß unter den an der Besprechung beteiligten Verwaltungen in Zukunft ein Austausch der Schriften über den Gegenstand erfolgen und eine nähere Verbindung der in ihren Gebieten tätigen Arbeitsnachweise angestrebt werden soll. — Der Magistrat von Berlin hat übrigens schon früher beschlossenen, den Vorstand des Deutschen Städtetages zu ersuchen, die Frage einer kommunalen Arbeitslosenversicherung in einer Versammlung des Deutschen Städtetages zu erörtern.

Einen erfolgreichen Milchstreik hat die organisierte Arbeiterchaft in Stuttgart durchgeführt. Die dortigen Milchhändler hatten beschlossen, den Preis des Liters Milch von 20 auf 22 Pf. zu erhöhen. Als Antwort auf diesen Versuch hat die örtliche Parteioffizianten in Verbindung mit den vereinigten Gewerkschaften die Milchversorgung für die organisierten Arbeiter in die Hand genommen. Die getroffenen Einrichtungen ermöglichten es, den Preis der Milch auf 19 Pf. herabzusetzen. Nun hat die Milchhändlervereinigung kapituliert. Sie liefert die Milch nicht nur für den alten Preis, sondern die Händler haben sich sogar entschließen müssen, den Milchpreis ebenfalls auf 19 Pf. pro Liter herabzusetzen. Das entschlossene Handeln der organisierten Arbeiter hat die ungerechtfertigte Verteuerung eines unentbehrlichen Lebensmittels wirksam hintangehalten. Durch die infolge der eingeleiteten Aktion eingetretene Herabsetzung des Milchpreises erspart die Stuttgarter Bevölkerung, wenn man den vom Statistischen Landesamt berechneten Milchverbrauch zugrunde legt, jährlich 1.218.375 Mk. Das ist ein Erfolg, auf den die Stuttgarter Arbeiterchaft mit Recht stolz sein kann.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 1. Januar: Brake 20 Pf., Delmenhorst 30 Pf., Friedrichshagen 75 Pf., Gaan 15 Pf., Gagen 20 Pf., Dierke 20 Pf. (ab 1. Februar 30 Pf.), Neuhaide a. D. 10 Pf., Norden 10 Pf., Oranienburg 35 Pf., Rosen 25 Pf., Quedlinburg 30 Pf., Rheine 20 Pf., Sorau 15 Pf., Tondern 25 Pf., Triebes 20 Pf., Wedermünde 20 Pf.

Ab 15. Januar: Ansbach 30 Pf., Berlin 100 Pf., Charlottenburg 100 Pf., Dahme 15 Pf., Dresden 30 Pf., Gevelsberg 20 Pf., Hennigsdorf 75 Pf., Ober-Schönweide 100 Pf., Pasewalk 15 Pf., Rixdorf 100 Pf., Ullm 30 Pf., Wasungen 10 Pf. (ab 1. Februar 15 Pf.), Weissensee 100 Pf., Zehlendorf 100 Pf., Zittau 40 Pf.

Ab 1. Februar: Agermünde 30 Pf., Anklam 25 Pf., Apolda 20 Pf., Bahrenth 30 Pf., Brudmühl 15 Pf., Bunzlau 25 Pf., Celle 30 Pf., Cham 20 Pf., Cuxhaven 30 Pf. (für die Hauptkasse), Czerst 15 Pf., Freienwalde 20 Pf., Gattorf 20 Pf., Goldap 20 Pf., Hamburg 70 Pf. (für die Hauptkasse), Harburg 70 Pf. (für die Hauptkasse), Hermsdorf 15 Pf., Hüh 25 Pf., Jüterbog 20 Pf., Karlsruhe 40 Pf., Kellinghusen 20 Pf., Köslin 25 Pf., Landskron 20 Pf., Lanenburg a. G. 25 Pf., Lauenburg 50 Pf. (hiervon 10 Pf. für die Hauptkasse), Martinroda 20 Pf., Neuenburg 15 Pf., Neuhalbenleben 20 Pf., Neustadt a. S. 20 Pf., Niesky 25 Pf., Odesloe 35 Pf. (hiervon 30 Pf. für die Hauptkasse), Paderborn 20 Pf., Plauen 40 Pf., Priebus 20 Pf., Radburg 15 Pf., Reddinghausen 20 Pf., Scherrebek 20 Pf., Seefeld 10 Pf., Senftenberg 20 Pf., Starnberg 25 Pf., Taucha 50 Pf. (hiervon 25 Pf. für die Hauptkasse), Tegernsee 20 Pf., Trebbin 20 Pf., Uelzen 30 Pf., Wodenhäusen 20 Pf., Wanne 30 Pf., Weinheim 15 Pf., Wittenberg 15 Pf., Zinnendorf 20 Pf.

Zu Nummer 51 muß es bei Rendsburg 30 Pf. heißen.

Auf Beschluß des letzten Verbandstages sind in den neueren Mitgliedsbüchern für den Monat Januar fünf Beitragswochen (statt vier in den alten Büchern) vorgesehen. Da nun aus Anlaß der jetzigen Extrabeiträge verschiedene Anfragen eingelaufen sind, teilen wir der Einheitslichkeit halber hierdurch mit, daß allgemein für den Monat Januar nicht vier, sondern fünf Wochenbeiträge zu verrechnen sind.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 1. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Der Umtausch der mit Jahresluß aufgebrauchten Mitgliedsbücher muß bis spätestens Ende Februar beendet sein. Da statutengemäß beim Restieren von 8 Beiträgen der Ausschuß zu erfolgen hat, laufen die Kollegen, die den Umtausch der Bücher bis zu dem angegebenen Termin veräumen, Gefahr, ihre Mitgliedsrechte zu verlieren.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 55878 Gustav Klinge, Tischler, geb. 10. 10. 82 zu Rosdorf.
- 68207 Georg Johann Wagner, Tischler, geb. 28. 4. 86 zu Grimmitzschau.
- 17020 Reinhold Ritter, Schneidemüller, geb. 10. 7. 85 zu Wöhrenbach.
- 21925 Friedrich Liese, Korbschneider, geb. 15. 11. 51 zu Nessen.
- 01179 Robert Wolf, Tischler, geb. 24. 6. 85 zu Althammer.
- 07508 Walter Lange, Polierer, geb. 13. 10. 88 zu Neuwahlmühl.
- 80602 Erich Siemer, Tischler, geb. 22. 7. 87 zu Neuhuppen.
- 04790 Friedrich Bauer, Tischler, geb. 14. 8. 62 zu Elmsborn.
- 22197 Anton Weller, Tischler, geb. 14. 6. 80 zu Herlingen.
- 72442 Alfred Haupt, Tischler, geb. 16. 12. 89 zu Langensöls.
- 2197 Wilhelm Deike, Tischler, geb. 23. 9. 48 zu Halberstadt.
- 16916 Ernst Ohlms, Tischler, geb. 1. 5. 63 zu Halle.
- 03055 Hermann Ried, Tischler, geb. 12. 4. 89 zu Lobjenz.
- 01175 Richard Gahn, Holzarbeiter, geb. 25. 6. 85 zu Berlin.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.  
Der Verbandsvorstand.

#### Agitation unter den Stodarbeitern in Hamburg, Harburg und Celle.

Zur Belebung der Agitation waren vom 5. bis 7. Dezember Agitationsversammlungen für Stodarbeiter in obigen Orten einberufen mit der Tagesordnung: „Die Kämpfe der deutschen Stodarbeiter zur Verbesserung ihrer Lage.“ In Hamburg waren von 150 dort beschäftigten Stodarbeitern circa die Hälfte erschienen. Besonders wurde über den Betrieb von Großhe geklagt. Haben doch dort die Kollegen noch Sonntags zur Arbeit antreten müssen. In diesem Betrieb ist auch das Organisationsverhältnis noch ein äußerst ungünstiges. Besonders der Werkführer Kappfeller sucht die Löhne unter Hinweis auf niedrige Löhne in Berlin zu drücken.

In der Versammlung konnte die Unmährheit dessen an ausgelegten Minutern sofort erwiesen werden. In Harburg war die Versammlung nur sehr schwach besucht. Geradezu schauerhafte Verhältnisse im Betriebe von Meyer wurden mir nach Schluß der Versammlung geschildert. In der Naturtdarbeit sind 35 Personen, darunter 20 Frauen beschäftigt. Nirgends hat man in der Stodindustrie einen solch hohen Prozentfuß weiblicher Arbeitskräfte. Außerdem wird dort noch ein Spezialartikel angefertigt in Koste, der halbechte Schuh. Trodem die Firma für diesen Artikel fast ohne Konkurrenz ist, sollen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse die denkbar traurigsten sein. Löhne von 12, 13, 14 Mark sind die herrschenden. Höhere Verdienste sind seltener. Einzelne verdienen wohl bis zu 30 Mk., aber dies sind Ausnahmen. An Tagelohn werden bei zehnstündiger Arbeitszeit noch 3 Mk. gezahlt, trodem der ortsbliche Tagelohn gewöhnlicher Tagarbeiter von der Aufsichtsbehörde auf 3,50 Mk. festgesetzt ist. Was an Löhnen nicht gezahlt wird, wird aber aufgewogen durch die großartigen Wohlfahrtsrichtungen.

Es besteht eine Zuschusskasse in Krankheitsfällen wie auch Unterstützung bei Invalidität. In diese Kasse muß jeder Beschäftigte pro Woche 45 Pf. zahlen, sowie 9 Doppelbeiträge, also pro Jahr 27,45 Mk. Dafür wird ein Krankenzuschuß von 3,60 Mk. pro Woche gezahlt wie auch Invalidenunterstützung.

Nur soll es sehr schwer halten, als Invalide befunden zu werden, da der untersuchende Arzt gern jemand für leichte Arbeit noch arbeitsfähig erklärt, wenn ein anderer Arzt auch die Diagnose stellt: durch Unterernährung vollständig entkräftet. Schuld trägt der elende Lohn. Nach fünfjähriger Tätigkeit sind die Arbeiter mit 1 Proz. am Gewinn beteiligt. Während Angestellte und Vorarbeiter aber ihren Anteil ausgezahlt erhalten, flieht die Hälfte des Anteils der Arbeiter in die Wohlfahrtskasse. Außerdem ist ein eigenartiges Kündigungssystem vorhanden. Die weniger als 5 Jahre Tätigen stehen mit 14tägiger Kündigung, von 5—15 Jahren mit monatlicher Kündigung. Über 15 Jahre Beschäftigte haben eine zweimonatliche Kündigung. An der Vererbung dieser Arbeiter kann man sehen, wer von solchen idealen Verhältnissen den Vorteil hat. Im Holzarbeiterverband sind nur wenige organisiert, dagegen sollen sich dem Fabrikarbeiterverband circa 150 Kollegen angeschlossen haben. Es wäre an der Zeit, daß die Organisation hier ihren Einfluß einsetze, um menschenwürdige Zustände zu schaffen. Die Alfordlöhne sind gegenüber den in der Nachbarstadt Hamburg gezahlten elende.

In Celle sind in zwei Betrieben circa 60 Stodarbeiter beschäftigt, darunter einige weibliche. Organisiert sind nur wenige, trodem der Mitgliedschaft seitens der Unternehmer keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. In dem einen Betrieb scheint der Arbeiterverein den Organisationsbestrebungen entgegenzuwirken, einige Kollegen haben Nebenbeschäftigung, so als Nachtwächter, Leichtenträger usw. Dann sind ein Teil alte Kollegen, einige auch als Invalidenrentner. Daß die Löhne weit unter dem Durchschnitt dessen stehen, was sonst in der deutschen Stodindustrie gezahlt wird, ist hierdurch begreiflich. Selbst qualifizierte Arbeiter erreichen nur Löhne von 21 bis 24 Mk., selten darüber. Hier sollten sich die Kollegen an den Stodarbeitern anderer Orte ein Beispiel nehmen, ihre Organisation ausbauen, um mit Hilfe derselben eine Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse anstreben zu können.

Julius Hildebrandt-Rixdorf.

#### Korrespondenzen.

**Vielefeld. (Stellmacher.)** In der Versammlung am 13. Januar gab die Sektionsleitung den Jahresbericht. Aus demselben geht hervor, daß in den Kleinbetrieben noch kein Aufschwung im Beschäftigungsgrade eingetreten ist, wohl aber im Autoban bei Dürkopp. Unsere Lohnstatistik von 1909 zeigt, daß der Durchschnittsverdienst in den Kleinbetrieben von 43 Pf. auf 44 Pf. pro Stunde im letzten Jahre andere Verhältnisse Platz gegriffen. Während der gleichen Zeit der Lohn von 46 Pf. auf 43,3 Pf. gesunken, was auf die zahlreiche Einstellung jüngerer Kollegen mit einem niedrigeren Stundenlohn zurückzuführen ist. Auch sonst haben in der Lohnfrage bei Dürkopp im letzten Jahre andere Verhältnisse Platz gegriffen. Während es bisher den Kollegen möglich war, entsprechende Erhöhung der Stundenlöhne durchzusetzen, haben im letzten Jahre, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, Lohn-erhöhungen überhaupt nicht stattgefunden. Wenn dann die Firma wieder im „Arbeitsmarkt“ tüchtige Maschinenmacher und Helfer sucht, wissen diese wenigstens, warum es die Kollegen dort nicht aushalten. Die Tätigkeit der Zentralkommission wurde von der Versammlung anerkannt und dabei der Wunsch ausgesprochen, daß in Zukunft Statistiken von solcher Wichtigkeit, wie die letzte, in Druck hergestellt werden. Erfreulich ist für uns auch die Entwicklung der Organisation der Stellmacher in Lemgo. Hierdurch ist endlich die wichtigste Vorbedingung für die Eroberung der zehnstündigen Arbeitszeit für diesen Ort gegeben. Auch der von Vielefeld nach Halle i. W. verlegte Betrieb der Radfabrik und Holzbiegerei von H. Dohseide, in welchem 36 Kollegen beschäftigt sind, ist jetzt fast bis auf den letzten Mann organisiert.

**Czerst.** Zu wiederholten Malen ist in dem „Czerster Wochenblatt“ sowie dem „Graudenger Geselligen“ ein Inserat zu lesen, wonach die Firma Manx u. Serfenberger in Frankfurt a. O. Tischler und Möbelpolierer verlangt. Ebenso inseriert aber des öfteren in der „Frankfurter Oder-Zeitung“ die Firma Holzindustrie Hermann Schütt in Czerst nach Tischlern, Möbelpolierern und Holzarbeitern. Dieses Annoncieren ist lediglich auf einen Geschäftstrieb zurückzuführen, welcher von der Firma M. u. G. aus Konkurrenzneid angefangen ist. Tatsache ist aber, daß weder die Firma M. u. G. Polierer, noch die Firma Schütt Polierer oder Holzarbeiter anwirbt. Die beiden Firmen fürchten die gegenseitige Konkurrenz, und die Arbeiter, welche auf die Annoncen hin losreisen, sind stets die Leidtragenden. Möge jeder Kollege, der die Absicht hat, bei einer von den beiden Firmen in Arbeit zu treten, sich erst bei der Zahlstelle erkundigen.

**Düsseldorf. (Modellschreiner.)** Es dürfte wohl an der Zeit sein, daß die Mitglieder unserer Sektion sich des Grades der gegenwärtigen Situation bewußt werden. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind, abgesehen von einigen wenigen Firmen, durchaus nicht so rosig, als es den Anschein hat. Das ist zwar zum Teil eine Folge der Krise, aber auch die Modellschreiner selbst sind daran schuld. Sehr viele von ihnen sind nicht Mannes genug, den Uebergriffen und Herrschergelüsten der Unternehmer beziehungsweise deren Stellvertretern, den Meistern, gegenüberzutreten und ihre Menschenwürde hochzuhalten. Die Furcht, auf die Straße zu fliegen, laßt wie ein Alp auf den Gemütern und legt die Agitationsarbeit der wenigen Kollegen, welche die Versammlungen regelmäßig besuchen, zum größten Teil lahm. Es hat sich hier, wo die Großindustrie dominiert, im Laufe der letzten Jahre ein Menschenmaterial in den Reihen der Modellschreiner gebildet, welches verzweifelte Nechlichkeit mit den „Gelben“ hat. Als typisches Beispiel dieser Kategorien kann man das frühere Verbandsmitglied Fritz Kullmann anführen. Dieser Mensch ist so tief gesunken, daß er unsere Kollegen bei der Firma Ceding, Dierensfeld, wo er zurzeit beschäftigt war, denunzierte. Mit einem fingierten Brief, der sich später als sein eigenes Machwerk entpuppte, beschwert sich dieser Tappere, um sich als verfolgte Unschuld aufzuspielen, daß er von den Kollegen terrorisiert würde. Diesen Untrieben ist es zuzuschreiben, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit sieben Vertrauensleute gemahregelt wurden. Bei den letzten Differenzen im genannten Betrieb erklärte der Ingenieur, daß gerade dieser Kullmann derjenige sei, welcher hauptsächlich unsere Verbandstätigkeit an den Mann brächte und wir froh sein könnten, ihn nicht als Mitglied zu haben, sonst wären wohl noch mehr gemahregelt worden. Ein bezeichnendes Licht wirft die Tatsache auf diesen Kullmann, daß selbiger kurz darauf wegen Betrug entlassen wurde. Wir sehen also, wie das Schmarotzer- und Denunziantenwesen unsere Agitationsarbeit erheblich schädigt. Nichtsdestoweniger müssen die Kollegen, die noch ein Rückgrat besitzen, mithelfen, diesen Sumpf trocken zu legen. Es kann und darf nicht so weiter gehen. Auch der steinigste Boden kann mit Erfolg beackert werden; darum ersahmt nicht und haltet treu zu unserer Fahne. Gerade jetzt, wo die erfolgreiche Durchführung der allgemeinen Tarifbewegung alle Kräfte anspannt, betätigt aufs neue eure Solidarität. Besucht wieder zahlreicher unsere Versammlungen, damit neues Leben den alten Stamm der Sektion zum grünen und blühen bringe; dann werden auch die Früchte dieser Bewegung zu fallen. In der letzten Versammlung wurde die Sektionsleitung neu gewählt, und zwar als Vorsitzender Kollege Adolf Wenzmann, Düsseldorf, Ellerstr. 170. Es wird gebeten, alle Sendungen an denselben zu richten.

**Zehrenbach.** Hoch droben im Thüringer Wald, in dem herrlich gelegenen Zehrenbach, fand am 9. Januar eine Holzarbeiterversammlung statt, in welcher eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes gegründet wurde. Es herrschte eine zuversichtliche Stimmung. In der Hauptsache sind es Kistenmacher, welche nicht alle im Ort beschäftigt werden können, sondern stundenweit Arbeit suchen müssen. Die Verhältnisse der dortigen Kistenmacher sind schlecht, weit schlechter, als die an sich schon schlechten Verhältnisse der übrigen Kistenmacher. Es wird noch viel Arbeit kosten, ehe sich dort die Verhältnisse ändern werden. Die Orte liegen vollständig vom großen Verkehr entfernt und ist auch deswegen der Gedanke der Gewerkschaftsbewegung noch nicht so eingedrungen, wie es notwendig ist. Die Unternehmer sehen mit scheellen Augen auf die Gründung, und dürfte es auch nicht ohne Opfer von seiten unserer Kollegen abgehen. Hier aber möchten wir die neuen Mitglieder zu tätiger Mithilfe auffordern, denn nur dann kann sich die neue Zahlstelle entwickeln.

**Glückstadt.** In unserer Januarversammlung wurden unter anderem die Praktiken in der Korbfabrik Schilling besprochen. Die Firma arbeitet schon lange mit nur drei bis sechs Mann. Die letzte Wirtschaftskrise und auch die „gute Geschäftspraxis“ dürften die Ursachen des chronischen Dalles sein. Zwischen Weihnachten und Neujahr wurde gefeiert mit dem Bemerken, Neujahr geht es nach althergebrachter Weise wieder los mit der Arbeit. Nach acht Tagen gab es aber für drei hier längere Jahre beschäftigte Kollegen endgültig Feierabend. Schilling selbst soll sich geschämt haben dabei, eingedenk seines Versprechens dauernder Arbeit. Hätte der „liberale“ Fabrikant rechtzeitig den Kollegen reinen Wein eingeschenkt, sie hätten manche Kosten sparen können und längst anderweitig in Arbeit gestanden. Die Kollegen fanden dort ohnedies nicht glänzend, gab es doch in letzter Zeit recht viel minderwertiges Material zu verarbeiten. Die ganze Rahmenstimmung des endgültigen Dalles wird den Arbeitern in die Schuhe geschoben. Der Unternehmer möchte, daß sich der Lohn nach der Laune der schlechten Konjunktur richtet. Die Kollegen ohrfeigen sich aber nicht selbst, indem sie errungene Preise sich herabsetzen lassen. Es ist die alte Geschichte, wenn es winterlich im Geschäftsgange, dann werden die Arbeiter stolz, aber wenn wieder Frühling ist, dann schwimmt alles in Liberalität. Die Kollegen sind wieder um eine Erfahrung reicher, nämlich, daß die Arbeiter einen Unternehmer nie im Kampfe um Lohn und Brot zu hoch einschätzen sollen. In der Versammlung wurde noch bekanntgegeben, daß die Streikbrecher H. Wrage aus Eidelstedt und Paul Eidelberg aus Hamburg noch in der Möbelfabrik Brader arbeiten.

**Greifswald.** Unsere am 15. Januar abgehaltene Generalversammlung erfreute sich eines außerordentlich starken Besuches. Nach Erledigung der Jahresberichte und Neuwahlen wurde die Frage der Beitragsverhältnisse beraten. Nach ausgiebiger Diskussion gelangte es 1. Mi. statt bisher 60 Pf. beträgt. Der jetzige Stg. pünktliche Beitragszahlung zur erhöhten Pflicht, um die kommenden Ereignissen gerüstet gegenüber zu stehen. **Hamburg.** Eine imposante Misal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten

sich am 11. Januar nach einem Referat des Kollegen Nöbberg mit der gegenwärtigen Situation in der Holzindustrie. In einer Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Versammlung das jetzige Vorgehen des Arbeitgeberverbandes, insbesondere die Ablehnung des erst von diesem selbst vorgeschlagenen Schiedsgerichtes, die Erhebung eines Extrabeitrages von 3 Mk. pro beschäftigten Arbeiter und die vorher erfolgte Gesamtkündigung aller Verträge als eine Kriegserklärung an die Arbeiter betrachte. Die Arbeitgeber wollten anscheinend einen Entscheidungskampf über den von ihnen herbeigeführten Reichstarif herbeizuführen. Um der ausgesprochenen Kriegserklärung der Unternehmerorganisationen gerüstet gegenüberzutreten und unsere zunächst am Kampfe beteiligten Kollegen nach allen Kräften zu unterstützen, beschloß die Versammlung: Ab 1. Februar 1910 (5. Woche) Erhebung eines Gesamtbeitrages von 1,20 Mk. pro Woche, Erhöhung des ermäßigten Beitrages von 70 Pf. auf 80 Pf. Pro Beitrag werden 80 Pf. unverzüglich an die Hauptkasse abgeführt. Die Versammlung erklärte außerdem ihre Bereitwilligkeit, bei einer etwaigen größeren Ausdehnung des Kampfes, zur wirksamen Unterstützung ihrer kämpfenden Kollegen, die Opferfreudigkeit zu erhöhen, um mit allen verfügbaren Mitteln den Sieg an unsere Sturmproben Fahnen zu heften.

**Hornberg.** Wenn man das gewerkschaftliche Leben Hornbergs Revue passieren läßt, so kommt man doch zu dem Gedanken, daß die Verhältnisse in jeder Beziehung bessere sein könnten, wenn die in Betracht kommenden Personen sich ganz ihrer Interessen bewußt wären. Fragt man nun, was ist schuld an diesen sehr traurigen Zuständen, so erhält man in erster Linie zur Antwort: die schlechte wirtschaftliche Lage, Uneinigkeit der Arbeiter, Egoismus usw. Das trifft im besonderen für die Holzschmitten zu. Ist es denn aber schon jemals vorgekommen, daß die Interdiktanten und Gefrechten ohne ihr Zutreten? Bedeutet doch jeder Sieg der Arbeiterschaft, und sei er noch so winzig, einen Fortschritt in der Kultur, ist er doch auch eine Erziehung für uns! Hinweg mit allem Gader, heraus aus allen Vereinigungen, die nicht unsere Lage verbessern helfen, und hinein in die großen, freien Gewerkschaften, die uns eine sichere Gewähr unserer materiellen Lage zu erhalten. Darum, Arbeitsbrüder im schönen, gemüthlichen Schwarzwald, helft mit, die Organisation auszubauen, damit die Arbeit, die Quelle allen Reichtums, zur Beglückung unseres Daseins wird.

**Jaitrow.** In der Tischlerei von P. Fritz, hier, herrschen geradezu polizeiwidrige Lohn- und Logisverhältnisse. Der Herr sucht im „Schlesischen Volksfreund“ für das Eulengebirge noch Tischlergesellen bei 10—15 Mk. Lohn und freier Station. Die hiesige Lokalverwaltung bittet, alle Kollegen vorläufig vor diesem humanen Meister zu warnen, damit nicht noch mehr Kollegen in solche traurige Lage kommen. Die hier beschäftigten Kollegen haben Jaitrow verlassen. Nur einer, ein Leo Zuchowshy, hat sich wieder eingefunden. Derselbe teilte aus seiner Heimat, wohin er verreist war, mit, er fange nicht an, wenn die Verbandskollegen nicht aufhöhen. Natürlich haben darauf zwei Kollegen sofort aufhören müssen und der andere wollte ohne seinen verdienten Lohn nicht weiterarbeiten. Alle zurreisenden Kollegen bitten wir, sich zunächst an den Bevollmächtigten, Ernst Wische, Berliner Straße 23, zu wenden.

**Leipzig.** In einer am 14. Januar stattgefundenen überaus stark besuchten Versammlung im Volkshaus nahmen die Holzarbeiter Leipzigs Kenntnis vom Stande der drücklichen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberschutzverbande. Der Bevollmächtigte berichtete über die Verhandlungen, welche in 4 Sitzungen mit den Arbeitgebern über unsere Forderungen gepflogen wurden. Die Mehrzahl der Arbeitgebervertreter in der Kommission vertraten die Ansicht, jede Beschränkung des einzelnen Arbeitgebers durch den Vertrag abzulehnen. So habe die Regelung der täglichen Arbeitszeit, welche nach unserer Forderung sich in der Zeit von morgens 7 Uhr bis abends 1/6 Uhr bewegen sollte, wider Erwarten großen Widerstand bei den Unternehmern hervorgerufen. Der Mindeststundenlohn und die Lohnzulage wurden in der ersten Sitzung von Unternehmenseite völlig ablehnend behandelt. In der nächsten Sitzung wurde eine Lohnzulage von 2 Pf. und zwar im Jahre 1910 und 1912 je 1 Pf. als äußerstes Zugeständnis seitens der Unternehmer angeboten. Die Mindeststundenlöhne sollten um je 1 Pf. mit steigen, so daß dieselben 1912 54 Pf. betragen sollten. Unsererseits wurde dann den Herren durch ständige Nachweise nachgewiesen, daß der Mindeststundenlohn heute schon für 95 Proz. unserer Kollegen 54 Pf. beträgt. Die 1909 eingetretene Arbeitszeitverkürzung habe mit ihrem Lohnausgleich eine ganz selbstverständliche Erhöhung des Mindestlohnes vorgezogen und selbst die Unternehmer in der Sälchtungscommission haben diesen Standpunkt vertreten. Weitere Zugeständnisse wurden von den Unternehmern nicht gemacht. Dagegen ist über unsere übrigen Forderungen, wie Regelung der Überstundenarbeit, Montagetage, Lohnzahlung, Spezialtarife, Affordarbeit und ihre Regelung, Entscheidung über das Lohnsystem im Betrieb und Forderung der Lohnarbeit an den Maschinen eine Einigung wohl herbeizuführen. Die Unternehmer der Weimarer Holzbranche wünschten bei dem Vertragsabschluss eine Sonderstellung. Soweit die Allgemeinen Lohnbedingungen in Frage kommen, ist das unsererseits abgelehnt worden und bezüglich des Spezialtarifs sollen besondere Verhandlungen gepflogen werden. Das Resultat der Verhandlungen ist in den wichtigsten Fragen, besonders der Lohnfrage, völlig unbefriedigend. Die Verhandlungen werden jedoch weiter geführt. Die Versammlung schloß sich ohne Diskussion der Meinung des Referenten an. Dieser schilderte noch kurz die Vorgänge in der allgemeinen Bewegung und erklärte die Ausschreibung der Extra-

beiträge durch den Verbandsvorstand nach der Ablehnung des Schiedsgerichtes durch den Schutzbund sowie nach dessen direkter Provokation zum Kampf für dringend nötig. Nach der jetzigen Situation würde der Kampf unausbleiblich sein. Der Redner fordert die Kollegen auf, die nächsten Tage voll auszunutzen, um noch für die Organisation tätig zu sein und spricht die Erwartung aus, daß die Leipziger Holzarbeiter diesen eventuell aufgedrungenen Kampf mit Entschlossenheit führen werden und derselbe auch zum Vortheile unserer Kollegen enden würde. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen. Bedauerlich ist, daß sich auch bei diesem großem Kampfe Arbeiter bereit finden, den Unternehmern Dienste zu leisten, wie dies hier seitens der kleinen Gruppe der „Freien Vereinigung der Tischler“ geschieht. Diese versuchten auch diesmal wieder durch Verteilung von Flugblättern am Saaleingange Uneinigkeit unter die Holzarbeiter zu tragen, allerdings ohne Erfolg.

**Lüneburg.** In der Möbelfabrik W. Groß, welcher Betrieb kaum fünf Jahre besteht, haben unsere Kollegen schon verschiedene Plänkereien gehabt. Seit November vorigen Jahres ist ein Werkführer N. Höfmeier eingetreten, welcher in Darmstadt, Höchst und Karlsruhe unsere Kollegen bekannt sein soll, wie uns von dort mitgeteilt wurde. Der Herr scheint sich zur Aufgabe gemacht zu haben, den Betrieb in ein Zuchtthaus umzuwandeln und die Affordpreise ganz erheblich zu reduzieren, so daß überhaupt kein Kollege mit dem Preis mehr auskommen kann. Pfeift ein Kollege ein Stückchen, dann fängt sich der Herr ausgepiffen, sieht ihn jemand schief an, dann ist es Achtungsverletzung, und der Kollege wird sofort dem Chef vorgeführt, der ihm dann seine Sünden vorhält und ihn ermahnt, solche Verbrechen gar nicht wieder zu begehen, sonst müßte er andere Maßregeln treffen. Wie es scheint, gibt Herr Höfmeier überall nur kleine Gastrollen, und wenn die Kollegen in dem Betrieb immer so einig sind wie bis jetzt, dann wird die Zeit auch nicht mehr lange dauern, wo der Herr den Lüneburger Staub von seinen Füßen schüttelt und wo anders sein Heil versucht. Seinerzeit hat die Firma mit unseren Kollegen vereinbart, ihre nötigen Arbeitskräfte von unserem Raumweits zu beziehen. Werden aber Leute zugeschied, dann hat der Werkmeister meistens etwas an den Kollegen auszugeben. Mit dem Umzug über die Annoncenexpedition Wisse werden in süddeutschen Städten Leute nach einer Provinzialstadt Norddeutschlands gesucht bei 53 Pf. Stundenlohn und 60 bis 90 Pf. im Afford. Wir wollen den Kollegen raten, nicht ein zu großes Verlangen nach dem Betrieb zu haben. Die Kollegen Lüneburgs aber fordern wir auf, in dem neuen Jahre mehr für die Interessen des Verbandes einzutreten und die Versammlungen besser zu besuchen, damit sie zu jeder Zeit auf dem laufenden sind. Das ist um so mehr nötig, als doch Lüneburg durch die Kündigung des Tarifvertrages seitens des Schutzbundes auch in die allgemeine Tarifbewegung einbezogen ist.

**Selstedt.** Am hiesigen Orte herrscht unter den unorganisierten Korbmachern eine große Gleichgültigkeit. Ehemals fast sämtlich unserer eingegangenen Zahlstelle zugehörig, sind sie jetzt in den Zustand der Dämmernung verfunken. Die mehrfach von Wulsdorfer Kollegen unternommene Hausagitation hatte infoweit Erfolg, daß die Betreffenden versprochen, in einer etwa einzuberufenden Versammlung zu erscheinen. Doch scheint Versprechen und Halten bei den Kollegen zweierlei zu sein; war doch in der kürzlich von der Zahlstelle Bremerhaven einberufenen Versammlung außer unseren 5 Kollegen kein einziger Unorganisierten erschienen. Einen solchen haarsträubenden Indifferentismus hatten wir doch von ehemaligen Verbandsmitgliedern nicht erwartet. Um nun noch einmal den Versuch zu unternehmen, die Kollegen aus ihrer Dufe aufzuwecken, findet am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 2 Uhr, abermals eine Versammlung statt. Hoffentlich hat dieselbe einen besseren Erfolg.

**Tausa.** In der Generalversammlung der Zahlstelle wurde nach Entgegennahme des Berichtes der Lokalverwaltung und der Kartellbelegierten sämtliche Funktionäre wiedergewählt. Alsdann hielt Kollege Wayer aus Leipzig ein Referat über das Thema: „Krieg oder Frieden in der Holzindustrie“. Die an dem Vortrag sich anschließende Diskussion hatte das Ergebnis, daß beschlossen wurde, daß die Kollegen, die mehr als 25 Mk. verdienen, vom 1. Februar ab zunächst auf ein Vierteljahr einen Extrabeitrag von 25 Pf. wöchentlich zu zahlen haben.

**Unsere Lohnbewegung.**

In **Wanken** besteht die Aussperrung der Stellmacher, Maschinenarbeiter und Tischler der Waggonfabrik noch unverändert fort. In letzter Woche haben zwei Verhandlungen zwischen den Aussperrten und der Direktion stattgefunden, ohne jedoch einen Erfolg zu zeitigen. Die Aussperrten halten noch zusammen wie am ersten Tage und sind auch noch ebenso hoffnungsfreudig. Zutug ist weiter streng fernzuhalten.

In **Mädrit bei Krossen a. Ober** ist es auf der Glashütte bei Einführung eines neuen Affordtarifes für die Korbmacher zu Differenzen gekommen. Der Betrieb gehört der Stralauer Glashütte, von wo aus auch oftmals die Kollegen nach Mädrit angeworben werden.

In **Heilshausen a. Main** (Unterfranken) haben die Unternehmer der dortigen Möbelfabrik sämtliche Schreiner, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter gefündigt. Am 2. Januar präsentierten die Inhaber der Fabrik einen einseitig aufgestellten Affordtarif, der am 7. Januar unterzeichnet sein sollte. Am 7. Januar fand eine Verhandlung statt und wurden die Wünsche der Arbeiter zu einem zweijährigen Vertrag unterbreitet. Jede Arbeitszeitverkürzung wurde abgelehnt; da die Arbeiter sich weigerten, einen Vertrag mit 1 Pf. Lohnhöhung zu unterzeichnen, erhielten sämtliche 38 Beschäftigte ihre Kündigung. Es werden nur bessere Möbel herfertigt, der höchste Stundenlohn der Schreiner beträgt jedoch bloß 43 Pf. Da die Firma den Versuch machen wird, von anderen Gegenden Arbeitswillige nach hier zu locken, möchten wir die Kollegen warnen, den Unternehmern ins Garn zu gehen. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, den Zutug nach hier strengstens fernzuhalten.

**Ausland.**

Aus **Triest** wird uns von der dortigen Ortsgruppe des österreichischen Holzarbeiterverbandes mitgeteilt, daß die Klavieraarbeiter der Firma Enrico Brenz in im Streit befinden. Der Fabrikant Brenz will jetzt den Versuch machen, aus Deutschland Arbeitswillige heranzuziehen, weshalb hiermit vor Zutug nach Triest dringend gewarnt wird.

**Aus der Holzindustrie.**

**Einer von der alten Garde.**

Von meinen Kollegen dürfte der Name **Wilhelm Schwendiel** gänzlich unbekannt sein. Schwendiel hat aber einst in der Berliner und der deutschen Arbeiterbewegung, besonders aber in der ersten Jugendzeit der Holzarbeiterorganisation eine bedeutende Rolle gespielt. Auf dem ersten deutschen Tischlerkongress, der vom 6. bis 10. Oktober 1872 unter dem Vorsitz von Wilhelm Schmitt, dem alten „Lufas“, dessen achtzigsten Geburtstag wir kürzlich feierten, in Berlin tagte, gehörte Schwendiel zu den Berliner Delegierten. Er vertrat auf dem Kongress mit viel Umsicht einen Statutenentwurf, der im Gegensatz zu anderen vorliegenden Entwürfen eine Zentralorganisation schaffen wollte. Schwendiels Ansicht drang durch; der Kongress beschloß die Gründung des „Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins“, zu dessen erste Mitglieder den Schwendiel gewählt wurde. Als Gehalt wurden ihm 8 Taler wöchentlich ausbezahlt. Er hat dieses Amt bis zum Jahre 1874 bekleidet.

Auch in der sozialdemokratischen Partei hat Schwendiel sich hervorragend betätigt. Zunächst bei den Lassalleanern und später nach der Einigung auch in der gemäßigten Partei. Daß seine Tätigkeit von den Parteigenossen anerkannt wurde, beweist die Tatsache, daß er auch zum Reichstag kandidierte. Aber auch der Polizei war sein Wirken nicht verborgen geblieben; er gehörte mit zu den ersten, die nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 aus Berlin ausgewiesen wurde. Das gleiche Schicksal traf ihn auch in Hamburg, wohin er übergesteilt war. Wie viele andere bewährte Genossen, mußte er nach Amerika auswandern, um sich hier eine neue Existenz zu gründen. Schwendiel blieb auch in der neuen Heimat seinen Grundsätzen treu. Er trat sogleich seiner Verbandsorganisation, der Möbelfabrikanten-Union Nr. 7 in New York bei und beteiligte sich später an der Gründung der dortigen Arbeiterrentenkasse.

Nest kommt von jenseits des Ozeans die Mitteilung, daß **Wilhelm Schwendiel** am letzten Tage des alten Jahres in Windsor, Conn., nach langem schweren Leiden im Alter von 71 Jahren gestorben ist. Die deutschen Holzarbeiter werden dem Alten, der sich einst um ihre Organisation große Verdienste erworben hat, ein ehrendes Andenken bewahren.

**Antitische Streikposten.** In Lindenwalde, wo unsere Kollegen seit vielen Wochen einen schweren Kampf führen, hat die Polizeiverwaltung an die Streikleitung folgende Verfügung erlassen:

„Es wird Ihnen folgendes zur Mitteilung an die streikenden Tischler bekannt gegeben.“

1. Es sind gestern erneut schwere Heberfälle auf offener Straße erfolgt und ist deshalb Gendarmerie zu Hilfe gezogen.

2. Streikposten werden nur in Stärke von 1 oder 2 Mann gebildet. Agitieren sie irgendwie, geben sie A. S. Signale oder nähern sich den Arbeitswilligen, so müssen sie fortgewiesen und im Wiederholungsfall abgeführt werden. Auf dem Bahnhofe wird den eintreffenden Arbeitswilligen seitens der Polizei mitgeteilt, daß hier gescheit wird. Eine Mitteilung seitens der Streikposten ist also überflüssig und wird nicht gebildet werden.

3. Es wird bestimmt erwartet, daß die streikenden Tischler dementsprechend verfahren und nicht durch Unbesonnenheit sich schweren Strafen aussetzen und die Einigungsverhandlungen gefährden.

Die Polizeiverwaltung.

Die ausständigen Holzarbeiter waren zunächst gewillt, von dem freundlichen Anerbieten das Streikpostenwesen auf dem Bahnhof zu übernehmen, Gebrauch zu machen. In der Praxis entwiderte sich das nun aber so: Vief ein Zug ein, so rief der Beamte: „Sind arbeitswillige Tischler darunter? Hier wird gestreikt! Brauchen Sie Schutz?“ Das sah den Ausständigen nicht genug Anflärung für etwaige Arbeitswillige zu sein, sie haben den Streikpostendienst auf dem Bahnhof wieder selbst übernommen.

Aus der **Stadtbauerei**. Mit einer ihrer Meinungen nach sehr wichtigen Entscheidung des Berliner Gewerbegerichts gehen die Stadtfabrikanten in der Unternehmerrpresse kreben. Demgegenüber ist es nicht überflüssig, den wahren Sachverhalt festzustellen. Es handelt sich um die Auslegung des Berliner Stadtarbeitertarifs, der im Jahre 1908 abgeschlossen und 1908 erneuert wurde. Damals einigte man sich dahin, daß für Facharbeiter ein Minimallohn von 25,50 Mk. zugestanden wurde. Als Zeit zum Anlernen wurden 10 Wochen vereinbart und für diese Zeit die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung überlassen. Ausgenommen hiervon waren jugendliche Arbeiter und Arbeitsburschen. Dieser Passus wurde auf Drängen der Arbeiter in den Vertrag hineingebracht, um dem maßlosen Anlernen und der dadurch herbeigeführten Schädigung der Stadtarbeiter entgegenzuwirken.

In der letzten Zeit wurde versucht, diese Bestimmung zu umgehen dadurch, daß die Unternehmer 18- bis 23jährige junge Leute in größerer Anzahl einstellten, die wohl zunächst Wänge milbesorgten usw., nach einigen Wochen aber fast ausschließlich mit Facharbeiten beschäftigt wurden. In zwei solcher Fälle wurde schließlich die

Schlichtungskommission angerufen, welche aber versagte. Das Einigungsamt fällt nach zwei Sitzungen dann den Spruch, daß in diesem Falle Brenner, welche ausschließlich Brennarbeit verrichten, als Facharbeiter zu bezahlen seien. Der Unternehmer weigerte sich trotzdem, die Differenz in Höhe von 150 Mk. per Woche zu zahlen, so daß der 20jährige „Arbeitsbursche“ M. den Unternehmer A. auf Zahlung verklagen mußte. Ein Zeuge des Unternehmers A. behauptete, er habe festgestellt, daß M. mit 18 Jahren, wie Gänge gehen, Betrieb auslegen usw. beschäftigt wurde. Dem wurde sofort vom Vertreter des M., dem Stodarbeiter S., widersprochen, mit dem Hinweis, daß der Zeuge nur die Aussagen des Unternehmers und seines Werkmeisters wiedergebe und beantragt, drei Kollegen aus dem Betrieb zu laden, die das Gegenteil behaupten würden. Der Kläger gab dann die Auskunft, daß er im letzten Jahre einmal habe Holz hauen helfen und daß er eine Kiste Wein befördert habe. Der Vorsitzende erklärte, daß nach dieser Aussage des Klägers sich eine weitere Beweisaufnahme erübrige, da im Schiedsspruch gesagt sei, „wer ausschließlich als Brenner beschäftigt werde“. Kläger wurde dann auch mit seinem Anspruch abgewiesen.

Dieses Urteil erscheint uns als ein Mißspruch. In der Begründung wird gesagt, Arbeitsburschen seien von der Vereinbarung ausgeschlossen. Das ist ja eben der Anflug der Unternehmung, daß man es waagt, 20- bis 25jährige Menschen als Arbeitsburschen zu bezeichnen, wie in diesem Fall bei einem 20jährigen Menschen, der eine vierjährige Lehrzeit als Gürtler hinter sich hat. Dann weiter: Wollte der Richter auf das Zeugnis des M. und des Werkmeisters Wert legen, dann hätte dem Antrag, drei Arbeiter des Betriebes als Gegenzeugen zu laden, stattgegeben werden müssen. Dieser Antrag wurde nur zurückgezogen nach der Erklärung des Vorsitzenden, die Sache sei durch die Aussage des Klägers geklärt. — An sich hat das Urteil gar keine Bedeutung, da der Vertrag am 12. Februar dieses Jahres ablief, weil er von der großen Kantschuldigung ebenfalls betroffen wurde. Insofern kommt es aber zur rechten Zeit, als nach dieser Auslegung eine zweifelsfreie Fassung der fraglichen Bestimmung angestrebt werden muß.

### Gewerkschaftliches.

#### Wahl Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 20. und 21. Dezember 1909 fand eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, über welche das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ den nachstehenden Bericht gibt: In erster Stelle führten die Bewegungen der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Grubenrevier und der Baugewerbe im kommenden Frühjahr zu einer gemeinsamen Aussprache, wodurch diese Angelegenheiten ihre Erledigung fanden.

Hinsichtlich des Ende August 1910 in Stockholm stattfindenden Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses wurde beschlossen, prinzipiell auch für diesmal an der paritätischen Vertretung von Partei und Gewerkschaften festzuhalten. Jede der beiden Gruppen soll durch 100 Delegierte vertreten sein.

Bezüglich der internationalen Verbindungen wird über den Stand der Angelegenheit der deutschen Delegation nach England und über den durch den Besuch Compers' in Europa eingeleiteten und vom amerikanischen Gewerkschaftskongress in Toronto beschlossenen Beitritt des nordamerikanischen Arbeiterbundes zum internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen berichtet. Wenn die Generalkommission zum Empfang Compers' in Berlin außerordentliche Veranstaltungen traf, so galt dies sowohl dem Delegaten des großen nordamerikanischen Arbeiterbundes als auch der Bedeutung, die der Anschluß des letzteren an die Gewerkschaften Europas habe. Der Erfolg habe gezeigt, daß dieses seit Jahren erstrebte Ziel erreicht wurde. Gegenüber den Hinweisen auf Compers' Stellung zur Sozialdemokratie und seiner Zugehörigkeit zur Civic Federation müsse betont werden, daß wir uns in Deutschland auch nicht von außen in unsere Taktik und unsere inneren Einrichtungen hineinreden lassen. Das gleiche Recht müssen wir auch anderen Ländern zugestehen. Jede andere Taktik könne den internationalen Zusammenschluß nur vereiteln. Zweifellos werde aber die Entwicklung der Dinge in den Vereinigten Staaten dahin drängen, daß auch die dortigen Gewerkschaften den von uns gewählten Weg ganz von selbst einschlagen. Ferner wird über die neuen Auseinandersetzungen mit der französischen Landeszentrale anlässlich der spanischen Kriegen berichtet. In der Debatte wird von keiner Seite das Verhalten der Generalkommission in der Compers-Angelegenheit kritisiert, dagegen sprechen mehrere Redner ihre Mißbilligung über die seitens einiger Parteiorgane erfolgten Angriffe auf Compers und die Generalkommission aus, die mit der bekannten Devise, daß Partei und Gewerkschaften „eins“ seien, recht wenig harmonieren. Es wird jedoch festgestellt, daß es sich bei diesen Äußerungen keineswegs um offizielle Parteifundgebungen gehandelt habe.

Sodann wurde über die „Gewerkschaftlichen Unterrichts-Kurse“ und über die einheitliche Regelung des Diäten- und Bücherbezugs eingehend beraten. Es wurde hierbei beschlossen, neben den Diäten ein angemessenes Wohnungsgeld zu zahlen, das auf 30 Mk. pro Monat (15 Mk. für den sechswöchentlichen Kursus) festgesetzt wurde. An Diäten sollen den auswärtigen Kursus-Teilnehmern 6 Mk., den in Berlin und Umgebung wohnenden 3 Mk. pro Tag gezahlt werden. Die Entschädigung des veräußerten Arbeitsverdienstes bleibt der Festsetzung des Verbandsvorstandes überlassen. Ferner wird den Teilnehmern ein Zuschuß zur Beschaffung von Büchern in Höhe von 40 Mk. gewährt, die je zur Hälfte von dem Verbandsvorstand und der Generalkommission getragen wird. Die Auszahlung der Diäten und eventuell eines Reiseborschusses soll auf Rechnung der in Betracht kommenden Verbände aus der Kasse der Generalkommission erfolgen. Diese Festsetzungen treten vom ersten Herbstkursus 1910 ab

in Kraft. Es steht den Verbandsvorständen frei, schon vorher davon Gebrauch zu machen.

Einige vom Reichstatistischen Amte gewünschte Änderungen in den Erhebungsformularen zur Tarifstatistik werden der statistischen Kommission zur Prüfung überwiesen. Zur Frage der Verzinsung von Darlehen, die zwischen Gewerkschaften aufgenommen werden, wird beschlossen, daß dieselben zu verzinsen sind. Das gilt auch für die Darlehen, die seitens der Generalkommission gewährt werden. Die Höhe des Zinsfußes ist von Fall zu Fall zu vereinbaren. Sodann wird über den Stand der Vorarbeiten zur Errichtung einer sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission berichtet. Dieselbe soll spätestens am 1. April 1910 in Tätigkeit treten. Als Leiter derselben ist Genosse Robert Schmidt, seither Zentralarbeitersekretär, bestimmt. Eine zweite Kraft für die sozialpolitische Leitung ist in Aussicht genommen. Weiterhin wird durch Uebernahme der Zentralkommission für Bauarbeiter durch Genosse Heintze-Samburg in das Bureau eintreten. Dazu soll eine weibliche Büreauhilfskraft angestellt werden. Aufgabe der sozialpolitischen Abteilung soll sein, aus Gewerkschaftskreisen die notwendigen Materialien für die sozialpolitische Gesehggebung zu beschaffen und besonders auch die Rechtsprechung eingehend zu verfolgen.

Ueber die gewerkschaftliche Abteilung des Pressebureaus kann berichtet werden, daß dieselbe sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens aufs Beste bewährt hat. Immerhin läßt die Berichterstattung einzelner Vorstände noch Wünsche erkennen; auch sollte Wert auf möglichst schnelle Mitteilungen gelegt werden. Die Frage, ob das Pressebureau auch die Berichterstattung über die Verbandstage in die Hand nehmen könne, wird als noch nicht spruchreif erachtet. Den Vorständen sei zu empfehlen, diese Berichterstattung jeweils selbst zu organisieren, dann würden diese Berichte, wie jede andere Nachricht durch das Pressebureau verbreitet werden.

Die Anstellung eines Agitationsbeamten für Ostpreußen findet nicht die Zustimmung der Konferenz. Ein Antrag betreffend Uebertrittsforderungen wird der nächsten Konferenz überwiesen, ebenso eine Interpellation betreffs der Unterstützungsprüfung doppelorganisirter Mitglieder. Den Ver-

bänden wird empfohlen, den aus Jugendorganisationslitten zu den Gewerkschaften übertretenden Mitgliedern das Eintrittsgeld zu erlassen und die gezahlten Beiträge anzuerkennen.

Zum Schluß fand eine Besichtigung der in den Räumen der Generalkommission veranstalteten dauernden Ausstellung von Verbandsmaterialien statt, deren Besuch jedem sich legitimierenden Verwaltungsmitglied der angeschlossenen Gewerkschaften freisteht.

Die Mitgliederzahlen der deutschen Gewerkschaften lassen erkennen, daß es wieder vorwärts geht. Das der Rückgang, der sich im Jahre 1908 gezeigt hat, ausschließlich auf Konto der Krise zu setzen ist, zeigt der Umstand, daß die leise Besserung der Wirtschaftslage sofort die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ansteigen läßt. In den ersten Monaten des Jahres 1909 hatte nach den Arbeitslosenziffern zu urteilen, die Krisis ihren tiefsten Stand erreicht; dann ging es, wenn auch langsam, so doch konsequent vorwärts. Mit dem zweiten Quartal machte sich auch die Besserung im Stande der Gewerkschaften bemerklich. Der Mitgliederrückgang kam zum Stillstand und es zeigte sich wieder ein Fortschritt, der unverkennbar ist, wenn er auch nicht in allen Verbänden und auch nicht überall gleichmäßig in Erscheinung tritt. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ stellt in seiner Nr. 2 fest, daß 38 Gewerkschaften, von welchen ihm die Mitgliederzahlen vom dritten Quartal 1909 vorliegen, eine Zunahme um 9032 Mitglieder gegenüber dem dritten Quartal 1908 aufweisen, nämlich von 140051 auf 149083 Mitglieder. Das „Correspondenzblatt“ schätzt auf Grund der vorliegenden Ziffern die Gesamtzunahme aller Gewerkschaften auf etwa 13500 Mitglieder. Diese Schätzung ist sehr vorsichtig; es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich schließlich eine beträchtlich stärkere Zunahme herausstellt, denn ein erheblicher Teil der Gewerkschaften steht mit der Abrechnung noch aus und das Wachstum der Gewerkschaften hat auch im vierten Quartal angehalten, so daß der Unterschied zwischen den Mitgliederziffern vom Jahreschluss 1908 und 1909 größer sein dürfte als der zwischen den Ziffern vom dritten Quartal.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe. Nachdem das Ergebnis der Verhandlungen über den Reichstarif im Malergewerbe von den Parteien anerkannt war, fanden in der Zeit vom 4. bis 8. Januar in Berlin weitere Ver-

### Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1909.

Gau	Subjektive Zahl der Beschäftigten	Mittlerer Zahl der Beschäftigten am Schlusse des Quartals	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Zunahme am letzten Tage des Quartals	Unterstützung haben erhalten							
			vom vorigen Quartal	Zugang in diesem Quartal	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Quart.		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise			
								Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.
Danzig	34	2755	15	370	385	227	2	140	1907	2747	93	107	170	147	70
Stettin	30	3188	54	420	474	141	10	158	2256	2864	19	452	761	675	52
Breslau	45	6987	91	608	697	270	6	324	4847	6874	11	293	520	488	81
Berlin	95	89277	899	9529	10368	2050	23	1024	23549	34849	07	1107	2891	2881	82
Dresden	55	12180	207	1399	1606	516	14	488	6196	8609	28	408	896	651	84
Leipzig	58	18758	129	1407	1536	394	20	505	6187	8872	11	656	1009	945	98
Erfurt	59	5042	33	311	344	187	4	132	1716	2142	75	240	597	580	99
Magdeburg	38	6080	62	560	622	282	17	270	3691	5041	27	780	1289	1164	92
Hamburg	65	16812	512	3011	3523	758	45	1018	15417	21525	06	2188	3842	3075	80
Hannover	46	8880	248	1185	1383	387	15	577	8723	11686	23	1219	1995	1881	92
Düsseldorf	54	7720	91	875	966	282	16	340	4163	5657	69	1541	2400	2210	75
Frankfurt	61	9227	147	1071	1218	638	16	452	7726	11860	91	1044	1784	1598	96
München	41	6759	99	1100	1199	305	9	371	5028	6608	98	667	1151	1080	50
Stuttgart	90	8008	77	745	822	393	10	314	4148	5647	93	1082	1977	1815	27
Hauptkasse	—	657	—	9	9	4	—	6	93	138	65	80	51	48	50
4. Quartal 1909	819	149404	2717	23213	25930	7191	218	7288	98796	136149	46	12547	21512	19945	18
3. " 1909	811	147955	4493	20478	24971	2717	250	5872	76464	107826	96	21867	36715	34938	70
2. " 1909	810	145590	6816	16694	23010	4491	368	8027	114289	160868	19	22502	38008	35847	27
1. " 1909	809	144424	12661	26140	28801	6816	245	14866	228160	315099	21	14527	28856	21940	49
4. " 1908	808	143538	4765	27455	32220	12651	209	11378	172893	234450	77	17093	28501	26243	55

Am vierten Quartal 1909 betrug die Gesamtzahl der gemeldeten arbeitslosen Mitglieder 25 930. Gegenüber dem vorhergehenden Quartal hat sich die Arbeitslosenziffer um 959 erhöht, bleibt aber gegen die Vergleichsziffer von 1908 um 6290 zurück. Nach Abzug der aus dem vorigen Quartal übernommenen Arbeitslosen bleibt ein Zugang von 23 213; auch hier ist gegenüber dem dritten Quartal eine Steigerung zu verzeichnen, und zwar um 2735, während im vierten Quartal 1908 der Zugang von Arbeitslosen mit 27 455 um 4242 höher war. Der Prozentfuß der Arbeitslosen von der Gesamtzahl der Mitglieder ist 17,3 gegen 16,9 im vorigen Quartal und 22,5 im vierten Quartal des Vorjahres. Am letzten Tage des Quartals waren 4,7 Proz. der Mitglieder arbeitslos gemeldet, das ist gegenüber dem dritten Quartal mit 1,8 Proz. eine beträchtliche Steigerung, was in der Hauptsache wohl darauf zurückzuführen ist, daß in vielen Betrieben von Weihnachten bis nach Neujahr nicht gearbeitet wird, weiter ist dabei zu berücksichtigen, daß Januar und Februar dieses Jahres mit höherem Prozentfuß arbeitslos abgeschlossen, während in den Vorjahren die größte Arbeitslosigkeit am Schlusse des vierten Quartals verzeichnet wurde. Am letzten Tage des Vorjahres waren 8,8 Proz. der Mitglieder arbeitslos.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen mit 7283 ist ebenfalls höher als im dritten Quartal 1908. Diese Vergleichs-quarterale hatten 5872 bzw. 11 378 unterstützte Arbeitslose.

Auf 100 Arbeitslose entfallen 28,1 Proz. Unterstützte, gegen 23,5 im vorangehenden Quartal und 35,3 im Vergleichsquarteral des Vorjahres.

Die Durchschnittszahl der Tage, für welche Unterstützung ausbezahlt wurde, sowie der durchschnittliche Betrag der Unterstützung weichen nicht wesentlich ab von den Zahlen des vorigen Quartals, sie betragen 13,6 Tage und 18,69 Mk., gegen 13,0 Tage und 18,37 Mk. Im vierten Quartal 1908 waren die Durchschnittszahlen 13,1 Tage und 20,60 Mk.

Von den einzelnen Gauen hatte wieder der Gau Berlin die größte Arbeitslosigkeit mit 31,2 Proz. der Mitglieder. Es folgen dann die Gauen: Hamburg mit 21,6,

München 20,8, Hannover 15,7, Stettin 15,1, Danzig 14,0, Frankfurt 13,2, Dresden 13,2, Leipzig 11,2, Magdeburg 10,3, Breslau 10,0, Stuttgart 9,2, Nürnberg 8,7 und Erfurt 6,8 Prozent.

Die durchschnittliche Arbeitslosenziffer am letzten Tage des Quartals mit 4,7 Proz. wird überschritten von den Gauen Danzig mit 8,2, Frankfurt 6,9, Berlin 6,2 und München 5,3 Proz.

Den höchsten der Unterstützten von der Gesamtzahl der Arbeitslosen hatte der Gau Nürnberg mit 47,7 Proz., dann folgen die Gauen Breslau mit 46,5, Magdeburg 44,9, Hannover 41,8, Erfurt 38,4, Stuttgart 38,2, Danzig 37,0, Frankfurt 37,1, Düsseldorf 36,1, Stettin 33,3, Leipzig 32,9 und Hamburg 28,9 Proz. Nur die Gauen München und Berlin bleiben mit 20,4 bzw. 18,6 Proz. hinter dem allgemeinen Durchschnitt von 28,1 Proz. Die Durchschnittszahl der unterstützten Tage sowie der durchschnittliche Betrag der Unterstützung sind am höchsten im Gau Frankfurt mit 17,1 Tage und 25,13 Mk. Die niedrigste Tagesziffer weist der Gau Düsseldorf mit 11,9 nach, während der niedrigste Unterstützungsbetrag mit 11,69 Mk. pro Empfänger auf den Gau Nürnberg entfällt. Der allgemeine Durchschnitt beträgt 13,6 Tage Arbeitslosigkeit und 18,69 Mk. Unterstützung. Die Ausgabe für Reisunterstützung ist von 34 600 Mark im dritten Quartal auf 19 900 Mk. im Berichtsquartal zurückgegangen, im vierten Quartal des Vorjahres war diese Ausgabe um 6300 Mk. höher. Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstützung erheben.

Zum Schluß fügen wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder an, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollständigen Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsrechtlich oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Zentralverwaltung nicht versäumen möge.

Der Verbandsvorstand.

handlungen statt, um eine Regelung der Löhne und der Arbeitszeit vorzunehmen. Die Arbeitgebervertreter hatten für sämtliche 250 in Frage kommende Orte bestimmte Forderungen eingereicht, denen gegenüber sich die Unternehmer auf den Standpunkt stellten, daß sie weder eine Arbeitszeitverkürzung noch eine Lohnerhöhung bewilligen könnten. Die Entscheidung lag also bei den drei Unparteiischen, welche folgende Schiedssprüche fällten:

In allen Lohngebieten, wo seit dem 31. Dezember 1908 keine Lohnaufbesserung durchgeführt worden ist, tritt mit dem Beginn des neuen Vertrages eine Lohn-erhöhung von 3 Pf. pro Stunde ein. In allen anderen Lohngebieten wird der Stundenlohn mit Beginn des Vertrages um 2 Pf. und vom 1. Januar 1911 ab wieder um 1 Pf. erhöht. Die Erhöhungen erstrecken sich auf alle über zahlbaren Löhne einschließlich der Grundlöhne.

In den Lohngebieten, wo die Arbeitszeit mehr als zehn Stunden beträgt, wird sie mit Beginn des Vertrages auf zehn Stunden herabgesetzt. Weitere Verfügungen der Arbeitszeit treten während der Vertragsdauer nicht ein.

In den Lohngebieten, wo infolge der Bestimmungen des Reichstarifs über Jahrgeld und andere Zuschläge ein Anfall für die Arbeiter eintritt, hat ein entsprechender Anschlag durch Lohnaufbesserung stattzufinden. Für welche Orte dies zutrifft, haben die örtlichen Tarifämter zu bestimmen. Für Berlin ist der als Ausgleich zu gewählende Lohnzuschlag auf 2 Pf. pro Stunde bemessen, für alle anderen Lohngebiete auf 1 Pf.

Den Schiedssprüchen ist eine längere Begründung beigegeben. Auf Drängen der Unternehmer, die eine längere Frist nicht zugestehen wollten, ist vereinbart, daß die Parteien bis zum 15. Januar sich endgültig darüber erklären, ob sie die Schiedssprüche anerkennen oder nicht. Die Organisationsvertreter haben inzwischen ihre Zustimmungserklärung rechtzeitig abgegeben. Im Malerverband haben sich 16 720 Mitglieder an der Abstimmung beteiligt, die in Mitgliederversammlungen vorgenommen wurde. Für

die Ausnahme haben sich 8882, dagegen 6192 Mitglieder erklärt. Ob damit die Tarifbewegung endgültig erledigt ist, steht noch dahin, zumal in verschiedenen Orten auch die Unternehmer sich gegen den Schiedsspruch erklärt haben.

Im Baugewerbe spielt sich die Situation immer mehr zu. Bei den örtlichen Vertragsverhandlungen machen es die Bauunternehmer ähnlich wie die Unternehmer in der Holzindustrie. Von Zugeständnissen wollen sie nichts wissen, doch sind sie recht erfinderisch im Erfinden von Winkelzügen, die den gedeihlichen Fortgang der Verhandlungen hemmen. Daneben richten sie sich immer mehr auf den Kampf ein. Der Verband der Baugeschäfte von Berlin ermahnt seine Mitglieder, in die Vauverträge die Streik-klausel aufzunehmen und sich auf das Scheitern der Tarif-verhandlungen einzurichten, und ähnlich halten es die Unternehmer in den anderen Bezirken. Natürlich geben sich auch die Arbeiterorganisationen keiner Täuschung darüber hin, daß es aller Voraussicht nach zum 1. April zum Kampf auf der ganzen Linie kommt. Mit der offenen Arieerklärung hat der Verband der Stukkatoren be-gonnen. Der Vorstand dieses Verbandes hat beschlossen, die Zahlstellen aufzufordern, ihre örtlichen Fonds der Haupt-kasse darlehensweise zur Verfügung zu stellen und die an-gelegten Gelder zu kündigen. Ferner ist ein Extratrag in Höhe von 1 Mk. wöchentlich beschlossen, der vom 12. Fe-bruar ab zur Erhebung gelangt. Mehrliche Beschlüsse wer-den voraussichtlich auch die übrigen Organisationen im Baugewerbe fassen. Die Maurer und Bauhilfs-arbeiter besetzen ihre Verbandstage, auf welchen vor-aussichtlich die Verschmelzung der beiden Organisationen beschlossen werden wird, auf den 6. bezw. 7. Februar dieses Jahres nach Leipzig.

**Polizeiliches und Gerichtliches.**

**Vertrauter Unternehmerterrorismus.**  
Wir haben kürzlich einen der seltenen Fälle registriert, in welchen gegen einen Unternehmer Anzeige wegen Ver-gehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung erhoben wurde. (Siehe „Holzarb.-Ztg.“, Jahrgang 1909, Seite 379.) Es handelte sich um den Obermeister der Altonauer Stei-nermachersinnung, den Stadtverordneten Muppert, der vom Schöffengericht, billig genug, mit fünf Tagen Ge-fängnis bestraft wurde. Herr Muppert hat natürlich gegen das Urteil Berufung eingelegt. Aber es war beim vollen Willen nicht zu machen; der Terrorismus lag so klar zutage, daß die Strafkammer, die sich am 12. Januar mit dem Fall beschäftigte, wohl oder übel das Schöffengerichts-urteil bestätigen mußte. Herr Muppert wird wohl noch Revision einlegen, die voraussichtlich ebenfalls verworfen wird, aber ins Gefängnis wird der Obermeister deshalb nicht müssen. Das Begründungsrecht wird letzten Endes dazu herhalten, den Fehler der Gerichte zu korri-gieren, die auch den von Unternehmern begangenen Terro-rismus für strafwürdig angesehen haben.

**Briefkasten.**

**Lüdenscheid.** So wie Sie sich das vorstellen, läßt sich die Berichterstattung an das Verbandsorgan nicht durch-führen. Sie schicken uns einen Ausschnitt aus irgendeiner nichtgenannten Zeitung, sein sauberlich auf ein Stück Packpapier aufgelegt, an dessen unteren Rand das Zeichen „H. K. Ver.“ geschrieben ist. Voraussetzung für die Auf-nahme von Zahlstellenberichten in die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist aber, daß es Originalberichte sind, die als Unterschrift den vollen Namen des Ein-senders und außerdem den Stempel der Zahl-stelle tragen. Wir haben darauf schon so oft an dieser Stelle hingewiesen, daß es eigentlich in allen Zahlstellen bekannt sein sollte.

**Kollegen! Abonnier das Fachblatt für Holzarbeiter**

**Anzeigen.**

**Hamburg.** Zur Beachtung für reisende Kollegen. Der Arbeitsnachweis für sämt-liche Branchen befindet sich im Gewerkschaftshaus, Hintergebäude 55, Gröbelschlag. Geschäftsbüro: Vormittags von 10<sup>1/2</sup> bis 12<sup>1/2</sup> Uhr. Der Arbeits-nachweis für Nordmager befindet sich im Lokale des Herrn Oberholz, Hamburg 4, Einsbüttelestr. 12. Geschäftsbüro: Vormittags von 6 bis 7 Uhr abends. Der Paritätliche Arbeitsnachweis befindet sich in Altona, im Lokale des Herrn Sauer, Allee 194. Geschäftsbüro: Vormittags von 7 bis 8 Uhr abends. Um-schauen für Maschinenarbeiter und Nord-mager streng verboten. Alle Anfragen sind zu richten an das Verbandsbureau der Holzarbeiter, Rosenbinderhof 57, Zimmer 22.

**Lübeck.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahl-stelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Stell-macher, Putzmeister und Storbmacher befindet sich Adelsstraße 3. Die Kollegen werden ersucht, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umfragen ist streng verboten. Die Weiterentwicklung wird nur im Nach-weisbureau ausbezahlt.

**Münch.** Die Weiterentwicklung zahlt Kollege Carl Beder, Hintere Bleiche 10, zu jeder Zeit aus.

**Wien i. Sa.** Vertrauensmann: Bernhard Joll, Seidenstr. 18. Weiterentwicklung abends von 12-1 und 7-8 Uhr, Sonntags von 12-1 Uhr.

**Melrose.** Die Weiterentwicklung zahlt Wilh. Gerdner, Tulum 43, C. am Waldhügel. Die Bibliothek befindet sich Gedankstr. 1; dabei ist Aus-zahlung des Krankengeldes, jeden Sonntag, vor-mittags 10-12 Uhr.

**Mühlheim.** Die reisenden Kollegen wollen sich sofort im Lokale zur Rosenhöhe anmelden.

**Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Bauger befindet sich beim Kollegen Eimer, Hermannstr. 2, von nach-mittags 10 bis 12 Uhr abends. Die Weiterent-wicklung wird im Gewerkschaftshaus, Weststr. 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

**Herm. Idk.** Tischler, geb. 22. 5. 88 in West-fallen, beuren, wird ersucht, wegen Stier-balken nach Hause zu kommen oder seine Adresse zu senden an Frau Idk in Bismarck, Vereinsallee 20.

**Kurt Schnabel** aus Altona, geboren am 4. Februar 1881 wird von der zahllose Bahreute gesucht, er soll als Zeuge ver-nommen werden. Wir bitten um Mitteilung seiner Adresse an den Bevollmächtigten Joh. Panzer, Bahreute, Altona 10.

**Friedrich Schmidt,** Drechsler, geb. 8. 2. 1898 verheiratet. Er arbeitete 1893 in Kiel und Hamburg. Von dort war sein Heiratsziel Bremen. — Alle die zur Aufklärung beitragen können, werden um Nachricht gebeten an seinen Bruder Karl Schmidt, Stockholm, Schweden, Partg. 10, 5. g. 1 tr. - 6.

**Tüchtige perfekte Tischlergehilfen** für Speise- und Herrenzimmer, Eiche furniert, sofort gesucht. Zu melden im Arbeits-nachweis Benzenroda, Hofstr. 59.

**Tücht. Schreiner,** welche auf Galanterie-artikel gearbeitet und mit Maschinen ver-traut sind, per sofort gesucht.

**Goldmann & Jamin,** Holzluxus-Fabrik, Oberursel bei Frankfurt a. M.

**16 tüchtige Möbelschreiner** nicht unter 24 Jahren sofort gesucht. **Zahlstelle Bietigheim a. Gg.** Adresse: Friedr. Galm, Hiltstr. 23. **1 Formierer** **1 Umleimer** **1 Heberpolierer** jenseit sofort ein. Nur anteingewandte Leute wollen sich melden. **Kellberg & Co.,** Pianoforte-Fabrik, Eisenberg, S. A.

**Stabiummacher.** Ich suche sofort, eventl. später, einen tüchtigen Beleger. Bewerber, die sauberes Arbeiten gewöhnt sind und auf dauernde, gutbezahlte Stellung rechnen, wollen ihre Adresse an **Otto Kersten, Langenberg (Hess),** Langestr. 45, senden.

**2 Stuhlpolierer** per sofort gesucht. **G. C. Siefert,** Stuhl-fabrik, Neuhausen, Bez. Dresden.

**Gesucht.** Tüchtiger Präfer, welcher an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist und perfekt Zeichnung versteht, gegen hohen Lohn zum sofortigen Eintritt gesucht. Nur vorzügliche Kräfte finden dauernde Beschäftigung. Gefällige Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten an die Möbelfabrik

**J. Lang & Söhne, Heidelberg**  
Tücht. Holzdrechsler auf feste für dauernde Arbeit per sofort gesucht.  
**Heinrich Korber, Cronenberg (Bergheim).**

**Geübte Hartgummi-Drechsler** auf Füllfederhalter gesucht.  
**Heidelberger Federhalter-Fabrik**  
**Koch, Weber & Co., Heidelberg.**

Gesucht 2 Korbmacher auf Mattarbeit.  
**Ludw. Behren, Trittau, Oststein.**

2 tüchtige Korbmacher auf Grüngeschlagen und Mattarbeit werden sofort gesucht. Dauernde Beschäftigung, hoher Lohn.  
**H. W. Lohbauer, Korbgeschäft**  
**Gibach bei Nürnberg.**

**Lebensstellung.**  
Suche einen verheirateten Korbmacher, zuverlässig und tüchtig in Rohr und Gematt.  
**M. Wähler, Korbmachermeister**  
**Lübeck, Fischstr. 8.**

Korbmacher auf Geschloßkörbe stellt sofort ein **M. Müller, Korbmacher, Osterburg, Altmark.**

Ein tüchtiger selbständiger **Bürstenholz-bohrer,** im Freihand- und Schlittenbohren bewandert, sowie ein tüchtiger **Drechsler** finden gutlohnende und dauernde Beschäftigung bei sofortigem Eintritt.  
**Wälsche Bürstenhölzerfabrik**  
**Erzweiler (Wfalz).**

Ein **Bürstenmacher,** guter Einzieher, auf sofort für dauernde Stellung gesucht.  
**Gottl. Theegarten, Barmen, Wilhelm-strasse 18.**

Tüchtige **Grundierer** sucht **Werkmeister, Goldleistenfabrik**  
**Berlin, Schmidtstr.**

Gesucht wird ein geübter **Verfilberer,** der auch auf farbige Leisten eingearbeitet ist. **Siberleisenfabrik Aurich & Goedsche**  
**Meerane (Sachsen)**

**Tüchtiger Vergolder** welcher auf Rahmenleisten aller Art wie Bronze, Barock, vollständig selbständig ar-beitet und tüchtiges leistet, zum sofortigen Eintritt gesucht von **C. Bieken, Goldleistenfabrik, München.**

**Wegen Todesfall** ist in Dresden eine **kleine Polstergefes-t-Tischlerei** sofort sehr billig zu verkaufen. **Offert. unt. K. D. 189 an die Exped. d. Bl.**

**Schreiner- Werkzeuge.** Putzhobel, feine Rieckensagen, amer. Schraubenzieher sowie viele andere Neuheiten. Katalog gratis u. franko. **HEINR. BUSCH, Werkzeug-Versandhaus, Hagen i. W.**

**Quittungs-Marken und Kantschk - Stempel**  
Liefert seit 30 Jahren  
**Jean Holze & Co.**  
Hamburg, Rosenbinderhof 70.

**Tischler-Fachschule.**  
Zeichner, Werkführer, Meister.  
**Neustadt i. Meckl.**  
Staatlich subv. Progr. kostenlos

**Tischler-Fachschule Detmold**  
gegründet 1893. Städt. Schul-gebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner. Grosse Werk- und Zeichen-Säle. :: Workshops ::  
:: Programme frei. ::  
**DIREKTOR BRECHT.**

**B. Kollcher's Fachschule für Tischler**  
und für gewerbliches Zeichnen

**Exter-Strasse zu Detmold Ecke Grabenstr.**  
3- und 6monatlicher Kursus mit Tages- und Abend-unterricht. In 3 Monaten Ausbildung zum Werk-führer und Vorbereitung für die Meisterprüfung. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buch-halter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Arbeitsstipendien. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskunft durch die Direktion. **B. Kollcher.**

**Tischler-Fachschule Blankenburg**  
am Harz.  
1 bis 12 monatliche Kurse zur Aus-bildung als **Werkführer, Techniker** und **Zeichner,** anschließend staatliche Meisterprüfung. **Kostenlose** Stellen-bermittlung. **Programm frei.**  
**Direktor Reineking.**

**Süddeutsche Schreiner-Fachschule**  
Nürnberg. **Erstklassige Lehranstalt.**  
Klarenweg 14. **Dr. Carl Halbaum.**

**Die Buchhandlung**  
der **Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes (D. M. V. D.)** in Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2. empfiehlt sich den Zahlstellenbibliotheken sowie auch allen Verbandsmitgliedern zur Beforgung von Büchern und ist stets gern bereit, geeignete Vorschläge zu machen.

**Erstkl. Tischler-Fach-Kurse**  
**Dresden-A.**  
Ausbild. z. Werkf. u. Zeichner (Honor. mäßig). **Direkt. Max Gempferlein, Stoltestr. 20c.**

**Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23**

Nach gesch. zweifache Reichspatente neuem durch Polier-pulver verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

**:: eine sofortige Porenfüllung ::**

man **erspart Material, Zeit, Arbeit,**  
**erzielt ::::** edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, Oelanschwellen, Rissigkeiten der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.  
**vermeidet** Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unver-fälschte Schellack-Politur verwendet.  
Es ist **patentrechtlich strafbar,** ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

**Ich versende zum Versuch** ein Körbchen enthaltend

- 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
- 1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
- 1 " Patent-Politur zum Reinpulieren
- 1 " allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlsteinen usw.
- 1 " allerfeinsten Kristall-Olanzack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerack)
- 1 " Schleif- und Polieröl, gelblich
- 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“
- 1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
- 1 " Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun
- 1 Tüte Inkrustationskitt (Hofzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
- 1 Stück Korkschießklotz, 120x75x30 mm

zum Ausnahmepreis von **5 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à **8 Mark.**

**Mein Lehrbuch** über das Belzen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftlich ausgeführte 40farbige Beispieltafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brunn, Prof. Ch. Herm. Waide-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. **Preis Mk. 1.50.** Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

**Werkstattplauderei.** Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werk-statt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.